

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 25. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften findet am

Donnerstag, 24.08.2023, 17:00 Uhr,

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zu Niederschriften

1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 25.05.2023

1.2 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 20.06.2023

2. Fragestunde

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

4. Parkraumbewirtschaftung; Ergänzungen zur 3. Änderungssatzung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)

5. Parkraumbewirtschaftung Siegerlandhalle

6. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien hier: Stellungnahme der Stadt Siegen

7. Standortkonzept zum Aufbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur im Stadtgebiet Siegen

8. Mitteilungen der Verwaltung

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zu Niederschriften

1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 25.05.2023

1.2 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 20.06.2023

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG / STADTENTWICKLUNG

- 2. **Personenangelegenheiten**
- 3. **Mitteilungen der Verwaltung**
- 4. **Sachstandsbericht Gewerbegebiete**
- 5. **Verschiedenes**

STADTHALLEN / BÜRGERHÄUSER

- 6. **Verschiedenes**

LIEGENSCHAFTEN

- 7. **Grundstücksangelegenheiten**
 - mündlicher Bericht -
- 8. **Verschiedenes**
- 9. **Mitteilungen an die Presse**

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 11.08.2023

Der Bürgermeister

Nachtragsbekanntmachung

**zur 25. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen
und Liegenschaften**

am: **24.08.2023**

um: **17:00 Uhr**

Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Nachtrag:

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

3. Vergabevorschlag BEW-Machbarkeitsstudie MH II

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Universitätsstadt Siegen unter
www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 16.08.2023

Der Bürgermeister

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 25. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften

vom: **24.08.2023**
von: **17:00 Uhr**
bis: **17:10 Uhr**
Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften:

Stv Rujanski, Detlef	als Vorsitzender
AM Baykal, Ferdi	vertritt Born, Stefan
AM Champollion, Anselme	
AM Güner, Salih	vertritt Bialowons-Sting, Eva-Marie
AM Klaas, Henner	
Stv Klein, Marc	
Stv Nüchtern, Markus	
Stv Reifenrath, Frank	
Stv Rompf, Jürgen	
AM Schneider, Bernd	
Stv Schneider, Silke	
Stv Schulz, Jürgen	
Stv Schulz, Kenny	
Stv Schwarzer, Michael	vertritt Six, Annette
AM Stoker, Daniela	
AM Sündermann, Egon	
Stv Wagener, Tanja	

Beratende Mitglieder:

AM Leukel, Klaus Bernhard

AM Özcan, Kürsat
AM Scherzberg, Nicole
Stv Steffe, Roland

vertritt Garcia Lopez, José-Antonio

Als Zuhörer:

stellv. AM Schweißfurth, Elke

Von der Verwaltung:

StK Cavelius
Städt. OVR Runge
VA Daschke
VA Meier

GBL 3
AL 1/2
AGL 4/5-1
Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie
AM Born, Stefan
AM Garcia Lopez, José-Antonio
AM Langer, Hans-Peter
AM Profus, Norbert
Stv Six, Annette
AM Teixeira, Katja

vertreten durch AM Güner, Salih
vertreten durch AM Baykal, Ferdi
vertreten durch AM Özcan, Kürsat

vertreten durch Stv Schwarzer, Michael

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zu Niederschriften

1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 25.05.2023

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

25. AfSWSL 24.08.2023

1.2 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 20.06.2023

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

25. AfSWSL 24.08.2023

2. Fragestunde

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

25. AfSWSL 24.08.2023

2.1 Airbnb in Siegen - Anfrage der Fraktion "Die Linke"

Vorlage Nr. AF 1272/2023 + Vorlage Nr. AF 1272/2023 A

Eine Nachfrage von Frau Schneider beantwortet Herr Cavelius.

25. AfSWSL 24.08.2023

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

25. AfSWSL 24.08.2023

4. Parkraumbewirtschaftung; Ergänzungen zur 3. Änderungssatzung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)

Vorlage Nr. VL 1433/2023 A

Herr Rujanski weist auf die im Verkehrsausschuss sowie Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Anpassungen des Beschlussvorschlages hin und schlägt vor, diese im hiesigen Ausschuss zu übernehmen.

=> *Der Ausschuss signalisiert Zustimmung.*

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die 3. Änderungssatzung der „Gebührenordnung für Parkscheinautomaten (PSA) im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)“ in der als Anlage 1 (incl. Hinweis Umsatzsteuer) beigefügten Fassung, mit der Änderung, die Gebühren für ein Tagesticket

- auf dem Parkplatz der Siegerlandhalle von 5,00 € auf 7,00 € sowie
- auf dem Zentralparkplatz Weidenau und
- auf dem Bismarckplatz von 3,00 € auf 5,00 € zu erhöhen.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, eine dagegen (FDP), eine Enthaltungen (UWG)

25. AfSWSL 24.08.2023

5. Parkraumbewirtschaftung Siegerlandhalle

Vorlage Nr. VL 1475/2023

Herr Nüchtern beantragt, die Entgelte unverändert zu lassen, also bei 2,00 € für Abend- und 5,00 € bei Ganztagesveranstaltungen.

Beschlussvorschlag (Antrag FDP):

Die Entgelte für die Benutzung des Parkraumes der Siegerlandhalle während Veranstaltungen verbleiben bei 2,00 € für Abend- und bei 5,00 € für Ganztagesveranstaltungen.

Beratungsergebnis: 2 Stimmen dafür (FDP, UWG), 14 dagegen, 0 Enthaltungen

Herr Rujanski weist darauf hin, dass wie zuvor unter des Tagesordnungspunkt 4. öT im Beschlussvorschlag die 8,00 € auf 7,00 € angepasst werden müssen, um die Preiskontinuität zu wahren.

=> *Der Ausschuss signalisiert Zustimmung.*

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Anpassung der Entgelte für die Benutzung des Parkraumes der Siegerlandhalle während Veranstaltungen gemäß den untenstehenden Ausführungen auf 4,00 € bei Abend- und 7,00 € bei Ganztagesveranstaltungen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

25. AfSWSL 24.08.2023

6. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien

hier: Stellungnahme der Stadt Siegen

Vorlage Nr. VL 1463/2023

=> *Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt die Stellungnahme gemäß der Anlage zur Kenntnis.*

25. AfSWSL 24.08.2023

7. Standortkonzept zum Aufbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur im Stadtgebiet Siegen

Vorlage Nr. VL 1472/2023

Man begrüße die Vorlage, halte den Standort Burgstraße allerdings nicht für geeignet, da dieser Bereich ohnehin schon hoch frequentiert sei, so Herr J. Schulz. Stattdessen rege man an, eine oder mehrere Ladestationen am Neumarkt zu installieren.

Die Volt-Fraktion schlage als zusätzlichen Standort den Parkplatz beim Löhrtor-Hallenbad vor, so Herr K. Schulz. Den Standort in der Sandstraße 9-17 halte man außerdem nicht für sinnvoll. Hier werden nur kurzzeitige Erledigungen gemacht. Alternativ könne man sich die Installation in Parkhäusern vorstellen. Zu diesem Zwecke sollen auch Firmen mit privaten Parkhäusern angesprochen werden, die gegebenenfalls auch Lademöglichkeiten für Anwohner schaffen können, um die Straßen von parkenden Autos zu entlasten. Er weist darauf hin, dass besonders in der Oberstadt viele Personen auf solche Lademöglichkeiten zurückgreifen müssen, da hier viele über keine eigenen Garagen verfügen.

Herr Runge bedankt sich für die Anregungen. Man werde sich dies anschauen und auf Machbarkeit prüfen. Es handle sich hier zunächst ja nur um Potential-Standorte.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt das Standortkonzept zum Aufbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur und die Verteilung der städtischen Potenzialflächen zum eigenwirtschaftlichen Ausbau der Ladeinfrastruktur an Drittanbieter.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

25. AfSWSL 24.08.2023

8. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

25. AfSWSL 24.08.2023

gez. Rujanski
Vorsitzender

gez. Meier
Schriftführerin

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Fraktion Die Linke
Eingang	17.08.2023
Federführend	GB 4, Abt. 4/5

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen
und Liegenschaften**

24.08.2023

Betreff:

**Airbnb in Siegen
- Anfrage der Fraktion "Die Linke"**

DIE LINKE.

**Fraktion im Rat
der Stadt Siegen**

Rathaus Siegen

Markt 2

57072 Siegen

0271-404-1520 Fax 404-361520

DieLinke.Fraktion@siegen.de

www.die-linke-siegen-wittgenstein.de

Volksbank Siegerland

Konto-Nr. 766-349 901

BLZ 460 600 40

EINGANG BÜRGERMEISTER	
17. Aug. 2023	
CB 4	PR
AdL 415	INSTITUTE

Ø 11/2 Ø 3/1

Siegen, den 17. August 2023

Anfrage gemäß § 8 der GeschO des Rates der Stadt Siegen zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften am 24.08.2023

Betreff: Airbnb in Siegen

Anfrage:

1. In welchem Umfang wird in der Stadt Siegen privater bzw. gewerblicher Wohnraum über das Internet-Portal Airbnb angeboten?
2. Sind die Airbnb-Vermietungen von Wohnraum in der Stadt Siegen gewerblich und steuerlich erfasst?

Bezug:

Artikel „Wer bucht eigentlich ein Airbnb in Siegen?“

Siegener Zeitung, Mittwoch, 19. Juli 2023, Seite 6

Darin die Aussagen eines Vermieters:

„Ursprünglich war das ja die Idee von Airbnb“, ... „dass man ein Zimmer vermietet und selbst dort wohnt“

... und der Siegener Zeitung: „Etwa zehn Tage im Monat vermietet er das Zimmer“

... und weiter:

„(Name des Vermieters) nimmt ungefähr 35 Euro für eine Nacht. Damit bekommt er ungefähr die Hälfte der Miete wieder rein. Airbnb ist mancherorts in der Kritik und in Berlin ist es verboten, über Airbnb eine Wohnung ohne Genehmigung zu vermieten. Der Grund: Es gibt dort ohnehin Wohnungsmangel und für viele ist es lukrativer, die Zimmer kurzfristig zu vermieten als dauerhaft. (Name des Vermieters): 'Die Kritik ist auf jeden Fall berechtigt, aber in Siegen gibt es keine Wohnungsnot und ich nehme niemand eine Wohnung weg'“

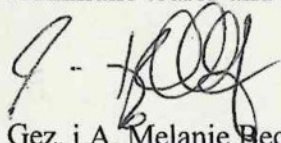
Hintergrund:

Das Internet-Portal „airbnb“ ermöglicht sowohl Eigentümern als auch Mietern von Wohnraum eine flexible Vermietung von Zimmern bzw. Wohnungen über den globalisierten Markt.

Daraus entsteht in vielen Fällen eine Kette von Kurzzeitvermietungen.

Wohnraum wird dadurch dem kommunalen Angebot entzogen, für die Bürgerinnen und Bürger der

Kommune teurer und schlechter verfügbar.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Melanie Becker', written over a horizontal line.

Gez. i.A. Melanie Becker (Fraktionsgeschäftsführerin)

ANFRAGE

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Fraktion Die Linke
Eingang	17.08.2023
Federführend	GB 4, Abt. 4/5

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen
und Liegenschaften

24.08.2023

Betreff:

Airbnb in Siegen
- Anfrage der Fraktion "Die Linke"

1. In welchem Umfang wird in der Stadt Siegen privater bzw. gewerblicher Wohnraum über das Internet-Portal Airbnb angeboten?
2. Sind die Airbnb-Vermietungen von Wohnraum in der Stadt Siegen gewerblich und steuerlich erfasst?

Antwort:

Soweit es sich um von der Stadt zur Verfügung gestellten Wohnraum, der von der KEG verwaltet wird, handelt, erfolgt keine Vermietung über das genannte Portal.

Die Vermietung von Wohnraum durch Privatpersonen ist im Gewerberegister erfasst. Es ist allerdings in den wenigsten Fällen erkennbar, dass es sich um Ferienwohnungen oder Zimmer, welche über Airbnb angeboten werden, handelt. Meist wird das Gewerbe mit einer allgemeiner gehaltenen Tätigkeit wie z.B. „Vermietung und Verpachtung“ angemeldet. Daher ist bzgl. des Umfangs keine realistische Zahl ermittelbar.

Airbnb wird nicht als Steuerfall geführt. Über die Plattform werden zwar auch in Siegen Zimmer/Wohnungen angeboten. Es ist allerdings nicht davon auszugehen, dass durch solche (unregelmäßigen) Vermietungen eine gewerbliche Tätigkeit ausgeübt wird, da ja vermutlich auch keine sonstigen Leistungen (Zimmerservice, Frühstück oder Vorhalten von jederzeit ansprechbarem Personal) angeboten wird.

Der Vermieter müsste eigentlich die Einnahmen/Gewinn (bei nicht gewerblicher Tätigkeit) in seiner Steuererklärung (Anlage V) beim Finanzamt angeben.

Falls doch eine gewerbliche Tätigkeit zu bejahen ist, müsste vom Vermieter aber auch der Freibetrag von 24.500 € überschritten werden, um Gewerbesteuern festsetzen zu können.

DIE LINKE.

**Fraktion im Rat
der Stadt Siegen**

Rathaus Siegen

Markt 2

57072 Siegen

0271-404-1520 Fax 404-361520

DieLinke.Fraktion@siegen.de

www.die-linke-siegen-wittgenstein.de

Volksbank Siegerland

Konto-Nr. 766-349 901

BLZ 460 600 40

EINGANG BÜRGERMEISTER	
17. Aug. 2023	
CB 4	PR
AdL 415	INSTITUTE

Ø 11/2 Ø 3/1

Siegen, den 17. August 2023

Anfrage gemäß § 8 der GeschO des Rates der Stadt Siegen zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften am 24.08.2023

Betreff: Airbnb in Siegen

Anfrage:

1. In welchem Umfang wird in der Stadt Siegen privater bzw. gewerblicher Wohnraum über das Internet-Portal Airbnb angeboten?
2. Sind die Airbnb-Vermietungen von Wohnraum in der Stadt Siegen gewerblich und steuerlich erfasst?

Bezug:

Artikel „Wer bucht eigentlich ein Airbnb in Siegen?“

Siegener Zeitung, Mittwoch, 19. Juli 2023, Seite 6

Darin die Aussagen eines Vermieters:

„Ursprünglich war das ja die Idee von Airbnb“, ... „dass man ein Zimmer vermietet und selbst dort wohnt“

... und der Siegener Zeitung: „Etwa zehn Tage im Monat vermietet er das Zimmer“

... und weiter:

„(Name des Vermieters) nimmt ungefähr 35 Euro für eine Nacht. Damit bekommt er ungefähr die Hälfte der Miete wieder rein. Airbnb ist mancherorts in der Kritik und in Berlin ist es verboten, über Airbnb eine Wohnung ohne Genehmigung zu vermieten. Der Grund: Es gibt dort ohnehin Wohnungsmangel und für viele ist es lukrativer, die Zimmer kurzfristig zu vermieten als dauerhaft. (Name des Vermieters): 'Die Kritik ist auf jeden Fall berechtigt, aber in Siegen gibt es keine Wohnungsnot und ich nehme niemand eine Wohnung weg'“

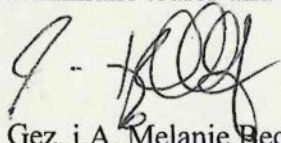
Hintergrund:

Das Internet-Portal „airbnb“ ermöglicht sowohl Eigentümern als auch Mietern von Wohnraum eine flexible Vermietung von Zimmern bzw. Wohnungen über den globalisierten Markt.

Daraus entsteht in vielen Fällen eine Kette von Kurzzeitvermietungen.

Wohnraum wird dadurch dem kommunalen Angebot entzogen, für die Bürgerinnen und Bürger der

Kommune teurer und schlechter verfügbar.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Melanie Becker', written over a horizontal line.

Gez. i.A. Melanie Becker (Fraktionsgeschäftsführerin)

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1
Bereich: Wirtschaftsförderung
Bearbeitet von: Nicole Kühn

Siegen, 14.07.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Verkehrsausschuss	22.08.2023
Haupt- und Finanzausschuss	23.08.2023
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften	24.08.2023
Rat	06.09.2023

Kurzbezeichnung:

**Parkraumbewirtschaftung;
Ergänzungen zur 3. Änderungssatzung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die 3. Änderungssatzung der „Gebührenordnung für Parkscheinautomaten (PSA) im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)“ in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Sachverhalt / Begründung:

Bei der Umsetzung des am 22.02.2023 im Rahmen der Haushaltsberatungen gefassten Ratsbeschlusses zur Parkgebührenhöhe im Gebiet der Stadt Siegen haben sich in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften am 20.06.2023 bei der Beratung über die Vorlage 1433/2023 Unklarheiten zu den Themen Tagestickets, Höchstparkdauer sowie Sonderregelungen für bestimmte Bereiche ergeben, welche bei der ursprünglichen Beschlussfassung nicht bedacht wurden und durch die Verwaltung wie folgt aufgearbeitet wurden:

1. Tagestickets

Auf den drei großen Parkplätzen Bismarckparkplatz, Zentralparkplatz Weidenau sowie dem Parkplatz an der Siegerlandhalle ist es bislang möglich, ein Tagesticket zu einem Preis von 3,00 € bzw. 5,00 € zu lösen. Dies ermöglicht Besucher*innen bzw. Arbeitenden mit langer Verweildauer das Parken in der Innenstadt bzw. im Stadtteil Weidenau zu vergleichsweise geringen Konditionen.

Diese Möglichkeit soll auch weiterhin bestehen, sodass im Rahmen der geplanten Änderungen in der Entgeltstruktur zum 01.10.2023 auch die Preise der Tagestickets angepasst werden sollten.

Seitens der Verwaltung wird in Abstimmung mit der KEG Siegen mbH und der Siegerlandhalle für den Parkplatz an der Siegerlandhalle eine Erhöhung von 5,00 € auf 8,00 € vorgeschlagen sowie für den Bismarckplatz und den Zentralparkplatz Weidenau eine Erhöhung von 3,00 € auf 6,00 €.

2. Höchstparkdauer bzw. Programmierung der PSA

2.1 Höchstparkdauer

Bei der Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 22.02.2023 ergibt sich insbesondere das Problem, dass für alle bewirtschafteten Bereiche am Straßenrand jeweils eine Höchstparkdauer (15 Minuten, 30 Minuten, 1, 2 oder 3 Stunde/n) festgelegt ist. Der neue Gebührentarif sieht vor, dass die erste halbe Stunde auf allen Parkflächen 1,00 € kosten soll. Jede weitere Stunde auf Parkflächen am Straßenrand soll 2,00 €, auf großen Parkplätzen und in Parkhäusern 1,50 € kosten. Diese Taktung hat zur Folge, dass die PSA nicht mehr interpolieren und eine Bezahlung der Gebühren folglich nicht mehr in Zwischenschritten möglich ist. Personen, die die jeweils erlaubte Höchstparkdauer auf den Flächen am Straßenrand ausschöpfen möchten, haben nicht die Möglichkeit, eine Gebühr für genau 15 Minuten, eine, zwei oder drei Stunden zu entrichten, sondern müssen aufgrund der beschlossenen Taktung „*Erste halbe Stunde -> jede weitere Stunde...*“ und der daraus resultierenden fehlenden Interpolation direkt Gebühren für 30 Minuten, 1,5 Stunden, 2,5 Stunden bzw. 3,5 Stunden zahlen. Es wird alsdann Parkzeit bezahlt, welche tatsächlich nicht in Anspruch genommen werden darf.

Beispiel 1 „Juliusstraße“:

bezahlte Parkzeit	erlaubte Höchstparkdauer 1 Stunde	Gebühren (neu)	Gebühren (alt)
0,5 Stunden		1,00 €	1,50 € / 1. Std.
jede/eine weitere Stunde		2,00 €	(Höchstparkdauer
1,5 Stunden	1 Stunde	3,00 €	1,50 €

Beispiel 2 „Grafestraße“:

bezahlte Parkzeit	erlaubte Höchstparkdauer 2 Stunden	Gebühren (neu)	Gebühren (alt)
0,5 Stunden		1,00 €	-
jede/eine weitere Stunde		2,00 €	1,50 € / Std.
jede/eine weitere Stunde		2,00 €	1,50 € / Std.
2,5 Stunden	2 Stunden	5,00 €	3,00 €

In dem Beispiel 1 wird eine Gebühr in Höhe von 3,00 € entrichtet, welche einer tatsächlichen Parkzeit von 1,5 Stunden entsprechen müsste. Aufgrund der festgelegten Höchstparkdauer für diesen Bereich von einer Stunde darf die tatsächlich bezahlte Parkzeit nicht vollständig in Anspruch genommen werden. Bei Überschreitung der Höchstparkdauer würde im Falle einer Kontrolle durch den kommunalen Ordnungsdienst trotz entrichteter Gebühren unter Umständen ein Verwarngeld ausgesprochen.

In diesem Fall müsste neben der Anpassung der Gebührenhöhe bzw. der oben beschriebenen pauschalen Gebührenerhebung auch die Anpassung der Höchstparkdauer für die entsprechenden Bereiche erfolgen.

- Bereiche mit bisher 15 Minuten Höchstparkdauer
 - neu: Kurzzeitparkzonen entfallen vollständig, 30 Minuten Höchstparkdauer
- Bereiche mit bisher 1 Stunde Höchstparkdauer
 - neu: 1,5 Stunden Höchstparkdauer
- Bereiche mit bisher 2 Stunden Höchstparkdauer
 - neu: 2,5 Stunden Höchstparkdauer
- Bereiche mit bisher 3 Stunden Höchstparkdauer
 - neu: 3,5 Stunden Höchstparkdauer

Alternativ müsste die Taktung der Gebühren angepasst und der Beschluss vom 22.02.2023 insoweit geändert werden, sodass

- die erste halbe Stunde auf allen Flächen mit 1,00 € berechnet wird,
- die zweite halbe Stunde ebenso auf allen Flächen mit 1,00 € berechnet wird
- für die Bereiche am Straßenrand, in denen länger als eine Stunde geparkt werden darf jede weitere Stunde mit 2,00 €, auf großen Parkplätzen jede weitere Stunde mit 1,50 € berechnet wird.

Die Parkgebühren würden jedoch auch in diesem Fall weiterhin mit Pauschalen berechnet, sodass der Parkende auch bei einem Aufenthalt von wenigen Minuten in allen Bereichen gezwungen ist, die jeweilige Pauschale zu zahlen.

2.2 Programmierung der PSA

Die unter 2.1 beschriebene Problematik entsteht nicht bzw. eine Anpassung der jeweiligen Höchstparkdauer ist nicht erforderlich, wenn die beschlossenen Gebühren nicht pauschal

berechnet werden, sondern weiterhin der linear-progressive Tarif angewendet wird. Dies führt auch dazu, dass der Aufwand der Umstellung so gering wie möglich gehalten wird. Gewährleistet ist, dass der am 22.02.2023 beschlossene erhöhte Gebührentarif Geltung hat, allerdings wird die Parkzeit mit jedem Münzeinwurf bis zur geltenden Höchstparkdauer vom jeweiligen PSA in Zwischenschritten berechnet.

Beispiel 1 „Juliusstraße“:

<u>bezahlte</u> Parkzeit	<u>erlaubte</u> Höchstparkdauer 1 Stunde	Gebühren (neu)	Gebühren (alt)
30 Minuten		1,00 €	1,50 € / 1. Std.
jede/eine weitere Stunde wird mit 2€ berechnet, aber im linear-progressiven Tarif			
weitere 15 Minuten	2,00 € anteilig	0,50 €	
weitere 9 Minuten	2,00 € anteilig	0,30 €	
weitere 6 Minuten	2,00 € anteilig	0,20 €	1,50 € / 1. Std.
1 Stunde	1 Stunde	2,00 €	1,50 €

Beispiel 2 „Grafestraße“:

<u>bezahlte</u> Parkzeit	<u>erlaubte</u> Höchstparkdauer 2 Stunden	Gebühren (neu)	Gebühren (alt)
30 Minuten		1,00 €	1,50 € / 1. Std.
jede/eine weitere Stunde wird mit 2€ berechnet, aber im linear-progressiven Tarif			
weitere 15 Minuten	2,00 € anteilig	0,50 €	
weitere 9 Minuten	2,00 € anteilig	0,30 €	
weitere 6 Minuten	2,00 € anteilig	0,20 €	1,50 € / 2. Std.
weitere 18 Minuten	2,00 € anteilig	0,60 €	
weitere 42 Minuten	2,00 € anteilig	1,40 €	
2 Stunden	2 Stunden	4,00 €	3,00 €

Der bisher in bestimmten Bereichen, zum Beispiel „Neumarkt bis Burgstraße“ oder „Poststraße“ geltende Kurzzeitparktarif von 15 Minuten, wäre durch die Interpolation weiterhin gewährleistet. Dieser Kurzzeitparktarif wird bisher mit 0,30 € berechnet und wird dann unter Berücksichtigung des neuen Tarifs ab dem 01.10.2023 mit 0,50 € berechnet.

Seitens der Verwaltung wird daher vorgeschlagen, dass die Parkscheinautomaten weiterhin so programmiert werden, dass diese interpolieren und der zuvor erläuterte linear-progressive Tarif Anwendung findet, sodass eine nachvollziehbare Gebührenstruktur aus Rechtssicherheitsgründen und auch unter dem Aspekt der Kundenfreundlichkeit gewährleistet ist. Eine Anpassung der jeweiligen Höchstparkdauer ist entbehrlich.

3. Sonderregelungen

Für den Parkplatz an der Siegerlandhalle existiert bisher die Regelung, dass zwecks Unterstützung des Ticketshops ein Parken zu den Öffnungszeiten des Ticketshops für die Dauer von bis zu einer Stunde kostenfrei möglich ist. In diesem Zusammenhang wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen diese Regelung grundsätzlich beizubehalten, die Dauer einer kostenlosen Parkmöglichkeit allerdings von einer Stunde auf 30 Minuten zu verkürzen.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme ca. 4.500,00 €	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---	-----------------------	--------------------------	--	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit Ansatz 2023: 70.000,00 €	Kostenträger/ Investitionscode 12020100 Sachkonto 5216050
--	---	-------------------------------	---	---

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Derzeit kann noch nicht beurteilt werden, inwieweit sich die Änderungen in der Entgeltstruktur der Parkgebühren auf die CO ₂ -Emissionen auswirken.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

In Vertretung

gez.

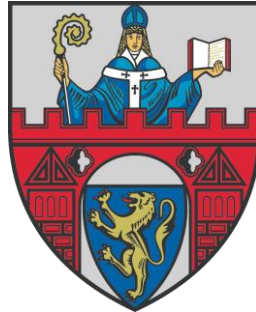
Wolfgang Cavelius

I Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [81 010 Parkgebührenordnung NEU2023](#)
2. [Synopsis 2023 Anlage 2 zur Vorlage](#)

**Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen
(Parkgebührenordnung)**

Ordnungsziffer	Zuständigkeit	Ratsbeschluss vom
81.010	Abteilung 1/2 Wirtschaftsförderung	06.09.2023

Aufgrund des § 6a Abs. 6 des Straßenverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.03.2003 (BGBl. I S. 310, 919) in der zurzeit geltenden Fassung, des § 38 Buchst. b in Verbindung mit den §§ 29, 30 und 33 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.05.1980 (GV NRW S. 528) in der zurzeit geltenden Fassung und des § 4 der Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich Straßenverkehr und Güterbeförderung vom 05.07.2016 (GV NRW S. 515) in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Siegen am 06.09.2023 folgende 3. Änderungssatzung beschlossen:

§ 1

Geltungsbereich

1. Für das Parken auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen im Verkehrsraum der Universitätsstadt Siegen werden, sofern die Bedienung von Parkscheinautomaten vorgeschrieben ist, Parkgebühren nach Maßgabe dieser Parkgebührenordnung erhoben.
2. Das gleiche gilt, soweit die Überwachung der Parkzeit aufgrund digitaler Bezahlungssysteme erfolgt.

§ 2

Gebührenhöhe

1. Der gebührenpflichtige Zeitraum und die zulässige Parkzeit sind auf dem Parkscheinautomaten bzw. einer entsprechenden Beschilderung angegeben.
2. Die Gebühr beträgt für die erste halbe Stunde der Inanspruchnahme auf allen Parkplätzen 1,00 €.
 - a) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme in Parkhäusern und auf größeren Parkflächen (z. B. Bismarckplatz) beträgt die Gebühr 1,50 €.
 - b) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme auf Parkplätzen am Straßenrand beträgt die Gebühr 2,00 €.
3. Für die Großparkplätze an der Siegerlandhalle, dem Zentralparkplatz Weidenau sowie dem Bismarckplatz ist der Erwerb eines Tagestickets möglich. Die Gebühren betragen für ein Tagesticket
 - a) auf dem Parkplatz an der Siegerlandhalle 8,00 €,
 - b) auf dem Zentralparkplatz Weidenau 6,00 € und
 - c) auf dem Bismarckplatz 6,00 €.

Auf dem Großparkplatz an der Siegerlandhalle ist ein Parkvorgang zum Besuch des Ticketshops von bis zu 30 Minuten kostenfrei möglich.

4. Die Gebührenpflicht entsteht für die erste viertel (Kurzzeitparkzonen) bzw. halbe Stunde in voller Höhe. Im Anschluss ist eine Buchung in kürzeren Intervallen und Zahl-schritten möglich. Die buchbaren Zeiten sind von der gewählten Zahlart abhängig. Als

Zahlarten stehen Barzahlung sowie digitale Bezahlssysteme (Smartparking) zur Verfügung.

§ 3

Gebührenerhebung durch Dritte

1. Gebühren nach der Maßgabe dieser Parkgebührenordnung können außer an Parkscheinautomaten auch über die im Smartparking-Plattform e. V. vereinigten Anbieter von Handyparken entrichtet werden.
2. Die von diesen Anbietern erhobenen Parkgebühren werden nach § 2 berechnet. Bei Kurzzeitgebühren erfolgt die Berechnung minutengenau, d. h. anteilig je angefangener Minute. Der Endbetrag der Parkgebühr wird auf volle Cent-Beträge kaufmännisch gerundet.

§ 4

Inkrafttreten

Diese 3. Änderungssatzung tritt am 01.10.2023 in Kraft.

Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)

Synopse (es werden nur §§ erwähnt, bei denen sich Änderungen ergeben)

Alte Fassung	Neue Fassung
Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)	Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen (Parkgebührenordnung)
§ 1 Gebührenpflicht	§ 1 Geltungsbereich
<p>§ 2 Gebührenhöhe</p> <p>2. Die Gebühr beträgt für jede angefangene Stunde der Inanspruchnahme 0,50 EUR, sofern im Folgenden nichts Anderes bestimmt ist.</p>	<p>§ 2 Gebührenhöhe</p> <p>2. Die Gebühr beträgt für die erste halbe Stunde der Inanspruchnahme auf allen Parkplätzen 1,00 €.</p> <p>a) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme in Parkhäusern und auf größeren Parkflächen (z. B. Bismarckplatz) beträgt die Gebühr 1,50 €.</p> <p>b) Für jede weitere angefangene Stunde der Inanspruchnahme auf Parkplätzen am Straßenrand beträgt die Gebühr 2,00 €.</p> <p>3. Für die Großparkplätze an der Siegerlandhalle, dem Zentralparkplatz Weidenau sowie dem Bismarckplatz ist der Erwerb eines Tagestickets möglich. Die Gebühren betragen für ein Tagesticket</p> <p>a. auf dem Parkplatz an der Siegerlandhalle 8,00 €,</p> <p>b. auf dem Zentralparkplatz Weidenau 6,00 € und</p> <p>c. auf dem Bismarckplatz 6,00 €.</p> <p>Auf dem Großparkplatz an der Siegerlandhalle ist ein Parkvorgang zum Besuch des Ticketshops von bis zu 30 Minuten kostenfrei möglich.</p> <p>4. Die Gebührenpflicht entsteht für die erste viertel (Kurzzeitparkzonen) bzw. halbe Stunde in voller Höhe. Im Anschluss ist eine Buchung in kürzeren</p>

	<p>Intervallen und Zahlschritten möglich. Die buchbaren Zeiten sind von der gewählten Zahlart abhängig. Als Zahlarten stehen Barzahlung sowie digitale Bezahlssysteme (Smartparking) zur Verfügung.</p>
§ 3 Geltungsbereich der Parkraumkonzeption	entfällt
	<p>§ 3 Gebührenerhebung durch Dritte</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gebühren nach der Maßgabe dieser Parkgebührenordnung können außer an Parkscheinautomaten auch über die im Smartparking-Plattform e. V. vereinigten Anbieter von Handyparken entrichtet werden. 2. Die von diesen Anbietern erhobenen Parkgebühren werden nach § 2 berechnet und durch den jeweiligen Anbieter von dem Gebührenschuldner erhoben und entgegengenommen. Diese Parkgebühren werden von allen Anbietern an die Universitätsstadt Siegen abgeführt. Von den Anbietern sind entsprechende Nachweise für die Universitätsstadt Siegen zu führen. Bei Kurzzeitgebühren erfolgt die Berechnung minutengenau, d. h. anteilig je angefangener Minute. Der Endbetrag der Parkgebühr wird auf volle Cent-Beträge kaufmännisch gerundet.
<p>§ 6 Inkrafttreten</p> <p>Diese 2. Änderungssatzung tritt am 15.10.2019 in Kraft.</p>	<p>§ 4 Inkrafttreten</p> <p>Diese 3. Änderungssatzung tritt am 01.10.2023 in Kraft.</p>

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bereich: Siegerlandhalle
Bearbeitet von: Wolfgang Schneider

Siegen, 08.08.2023

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen
und Liegenschaften**

24.08.2023

Rat

06.09.2023

Kurzbezeichnung:

Parkraumbewirtschaftung Siegerlandhalle

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Anpassung der Entgelte für die Benutzung des Parkraumes der Siegerlandhalle während Veranstaltungen gemäß den untenstehenden Ausführungen auf 4,00 € bei Abend- und 8,00 € bei Ganztagesveranstaltungen.

Sachverhalt / Begründung:

Mit der Verwaltungsvorlage Nr. 1433/2023 wurde dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften die 3. Änderungssatzung zur Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen zur Beratung vorgelegt. Daraus folgt eine deutliche Erhöhung der Parkentgelte.

Der Parkplatz der Siegerlandhalle wird allerdings bei Großveranstaltungen nicht über die aufgestellten Parkscheinautomaten, sondern aktiv mit Hilfe von Parkwächtern bewirtschaftet, um einen reibungslosen Ablauf zu ermöglichen. In Anlehnung an die Erhöhung der Entgelte bei der Bewirtschaftung über Parkscheinautomaten sollten auch die geforderten Entgelte für die aktive Bewirtschaftung mit Parkwächtern angepasst werden.

Derzeit beträgt die Parkgebühr für eine Abendveranstaltung pauschal 2,00 € pro Parkplatz (Beschluss des Rates der Universitätsstadt Siegen mit Wirkung vom 01.06.2012), bei Ganztagesveranstaltungen werden 5,00 € abgerechnet.

Zeitgleich mit Inkrafttreten der 3. Änderungssatzung zur Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Siegen sollten daher die Gebühren für die aktive Bewirtschaftung der Parkflächen der Siegerlandhalle auf 4,00 € pro Parkplatz bei einer Abendveranstaltung und 8,00 Euro pro Parkplatz bei einer Ganztagesveranstaltung angehoben werden.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan 2024	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 20.000 €	Kostenträger/ Investitionscode 15020100 Sachkonto 4461906
--	---	-------------------------------	---	---

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius

I Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4

Siegen, 21.07.2023

Bereich: Stadtentwicklung

Bearbeitet von: Herr Daschke, Frau Krippendorf, Herr Meier

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Bauausschuss	16.08.2023
Haupt- und Finanzausschuss	23.08.2023
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften	24.08.2023
Rat	06.09.2023

Kurzbezeichnung:

**Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien
hier: Stellungnahme der Stadt Siegen**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Stellungnahme gemäß der Anlage zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Die Verwaltung hat mit Vorlage 1438/2023 informiert, dass die Landesregierung am 02.06.2023 den Entwurf zur Änderung des Landesentwicklungsplans NRW (LEP) beschlossen und das Beteiligungsverfahren bekannt gemacht hat.

Der Beteiligungszeitraum wurde zwischenzeitlich neu bekanntgemacht. Die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen haben während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs vom 23. Juni 2023 bis zum 28. Juli 2023 die Möglichkeit, Stellungnahmen in das Verfahren einzubringen.

Der Antrag auf eine Fristverlängerung, die eine Beratung in den politischen Gremien ermöglicht hätte, wurde durch das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen am 03.07.2023 abgelehnt.

Die Stellungnahme wurde am 21.07.2023 an das zuständige Ministerium verschickt und den im Rat der Stadt Siegen vertretenen Fraktionen per Mail zur Kenntnis gegeben.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

i. A.

gez.

Andree Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Stellungnahme der Stadt Siegen zum LEP-Entwurf EE](#)

Stadt Siegen • Postfach 10 03 52 • 57003 Siegen

Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz
und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen

per E-Mail an landesentwicklungsplan@mwike.nrw.de

Rathaus Geisweid

Lindenplatz 7
57078 Siegen

AG 4-5/1 Stadtentwicklung

Auskunft Herr Meier

Zimmer 127

Telefon 0271 404-3283

Telefax 0271 40436-3283

Zeichen VM

E-Mail v.meier@siegen.de

Internet www.siegen.de

Siegen, 14.07.2023

Änderungsverfahren für den Landesentwicklungsplan NRW Stellungnahme der Stadt Siegen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Siegen nimmt zum Entwurf zur Änderung des Landesentwicklungsplanes – Erneuerbare Energien wie folgt Stellung:

A. Allgemein

Die Stadt Siegen begrüßt den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Es ist klar, dass dies auch bedeutet, dass innerhalb des Stadtgebietes Flächen dafür zur Verfügung stehen müssen.

Die Stellungnahme setzt sich formal und sachlich mit der Änderung des Landesentwicklungsplanes und den Grundlagen vor dem Hintergrund der Rechtssicherheit auseinander. Aufgrund der neuen gesetzlichen Regelungen und den damit verbundenen Rechtsfolgen zum Stichtag **31.12.2027** ist eine Umsetzung, die einer gerichtlichen Überprüfung standhält, zwingend erforderlich.

Sowohl rechtlich als auch inhaltlich sind hier Aspekte zu benennen, die diese Anforderung nicht erfüllen und Konsequenzen für sämtliche Kommunen bedeuten können.

Die Anforderungen durch die Rechtsprechung an die Flächennutzungsplanung einschließlich der Datengrundlagen zur Darstellung von Windkraftkonzentrationszonen gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB (Ausschlusswirkung) sind sehr hoch, da darüber konkretes Baurecht begründet wird. Dies wird zukünftig durch die Ausweisung von Windenergiebereichen im Regionalplan gemäß dem Landesentwicklungsplan ebenfalls mit Ausschlusswirkung begründet. Es ist zu erwarten, dass die Rechtsprechung hier ähnliche Maßstäbe verlangt.

Forderungen:

- 1. Es wird gefordert, dass die Landesregierung NRW dieser Verantwortung gerecht wird.**



Sprechzeiten

Montag bis Freitag
Dienstag
Donnerstag
keine Sprechzeit

08.30 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr
14.00 - 18.00 Uhr

Busverbindung

Linie R 10, R 51, C 130

Haltestelle

Haltestelle Geisweid Rathaus

Parkmöglichkeit

Parkhaus

B. Abhängigkeiten von noch nicht in Kraft getretenen Bundesgesetzen / Erlass „Ziele in Aufstellung“

Das Raumordnungsgesetz (ROG) wurde im ersten Quartal 2023 geändert. Die Änderung soll zum 28. September 2023 in Kraft treten. Durch die Änderung des Raumordnungsgesetzes in § 3 Abs. 4a werden bereits in Aufstellung befindliche Ziele, also der Stand zu Beginn des Beteiligungsverfahrens, maßgeblich. Dies stellt u. a. die rechtliche Grundlage für Ziel 10.2-13, aber auch für den Erlass „Ziele in Aufstellung“ dar.

Laut Gesetzesbegründung handelt es sich hinsichtlich der in Aufstellung befindlichen Ziele um eine Klarstellung. Ob diese Einschätzung zutrifft, müsste einer rechtlichen Überprüfung unterzogen werden. Wäre diese Einschätzung jedoch korrekt, sind in Aufstellung befindliche Ziele schon immer maßgebend, auch wenn die Bezirksregierung Arnsberg dies bisher anders angewendet hat.

Es ist unklar, warum dies für die Ziele des LEP-Entwurfes und angekündigt für die Übergangsregelung in **Ziel 10.2-13** zusätzlich durch einen Erlass geregelt werden muss. Es kann nicht im Sinne des Gesetzgebers sein, dass Landesregierungen per Erlass Bundesgesetze steuern und regeln, wann in Aufstellung befindliche Ziele maßgebend sind und wann nicht.

Das Raumordnungsgesetz sieht zudem vor, dass für diese in Aufstellung befindlichen Ziele die Beteiligung vollständig durchgeführt sein muss. Es überrascht, dass für die Übergangsregelung bereits eine Karte auf der Internetseite des Ministeriums (MWIKE) veröffentlicht wurde, die diese Anforderung nachweislich nicht erfüllt. Die Gesetzesbegründung zur Änderung des ROG (ROGÄndG) führt dazu eindeutig aus:

„Wenn die planaufstellende Stelle den Planentwurf nach der (ersten) Beteiligung in geänderter oder ergänzter Fassung in die erneute Beteiligung gibt, ist die Voraussetzung der vollständigen Durchführung des Beteiligungsverfahrens insoweit noch nicht erfüllt. Soweit aber bestimmte Teile des Planentwurfs nicht Gegenstand der erneuten Beteiligung sind, sondern in der Fassung aus der vorausgehenden Beteiligungsrunde weitergeführt werden, ist insoweit § 3 Absatz 1 Nummer 4a – unter den darin genannten weiteren Voraussetzungen (Veröffentlichung eines die Ergebnisse der Beteiligung berücksichtigenden Planentwurfs) – anwendbar.“

Aus Sicht der Stadt Siegen wird angezweifelt, dass für Windenergiebereiche aus der Neuaufstellung des Regionalplanes - räumlicher Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein – die Beteiligung, die 2019 stattfand, vollständig durchgeführt wurde. Die gesetzlichen Regelungen und daraus resultierende Rechtsfolgen haben sich diesbezüglich grundlegend geändert, es besteht zu einem Windenergiebereich im Stadtgebiet Siegen, Gemarkung Obersetzen, eine kritische Stellungnahme zur Abgrenzung und es wird eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen geben, die auch das Thema der Erneuerbaren Energien neu betrachten muss. **Die Voraussetzungen gemäß der Änderung des Raumordnungsgesetzes, welches ab dem 28. September 2023 maßgeblich ist, sind somit aus Sicht der Stadt Siegen nicht erfüllt.**

Für Kommunen besteht zudem hoher Handlungsbedarf für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Landesplanerische Anfragen gemäß § 34 Landesplanungsgesetz (LPlG) sollten die Änderung des Raumordnungsgesetzes einpreisen, damit bereits jetzt mit der Bauleitplanung, die sich über einen längeren Zeitraum bis nach dem 28. September 2023 erstreckt, begonnen werden kann.

Forderungen:

1. Es wird gefordert, dass das Raumordnungsgesetz rechtssicher für alle in Aufstellung befindlichen Ziele gleichermaßen angewendet wird.
2. Es wird aus Gründen der Rechtssicherheit gefordert, dass zunächst die Änderung des Raumordnungsgesetzes am 28. September 2023 in Kraft tritt.
3. Es wird zudem gefordert, dass in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung bereits jetzt bei landesplanerischen Anfragen gemäß § 34 LPlG für Wohnbaulandentwicklungen Ziele der Raumordnung darstellen, wenn die Bauleitpläne absehbar erst nach dem 28. September 2023 in Kraft treten und die Bezirksregierungen entsprechend angewiesen werden.

C. Abhängigkeiten von noch nicht in Kraft getretenen Landesgesetzen

In der Pressemitteilung zur Vorstellung der LEP-Änderungen wird die Abschaffung der 1000-Meter-Abstandsregelung gemäß BauGB-AG NRW als Konsequenz daraus bezeichnet:

„Mit diesen nun vorgelegten Änderungen des LEP schafft die Landesregierung eine unerlässliche Voraussetzung für eine breit getragene Energiewende. Als Konsequenz daraus kann auch der im Baurecht geregelte Mindestabstand von 1.000 Metern zu Wohngebäuden bereits jetzt aufgehoben werden.“

(Quelle: Landesregierung NRW, Pressemitteilung vom 06.06.2023, <https://www.land.nrw/pressemitteilung/landesregierung-beschliesst-entwurf-der-aenderung-des-landesentwicklungsplans>)

Es handelt sich um zwei voneinander getrennte Vorgänge. Die Abschaffung der 1.000-Meter-Abstandsregelung kann aus Sicht der Stadt Siegen erst erfolgen, wenn für alle Planungsregionen das Regionalplanverfahren abgeschlossen ist oder das Thema Windenergie eine verfestigte, rechtssichere Planungsreife erlangt hat. Es bestehen zudem rechtliche Zweifel, dass mit **Ziel 10.2-13** die Steuerungswirkung erreicht wird (vgl. F zu Ziel 10.2-13).

Die zeitlichen Vorgaben gemäß **Grundsatz 10.2-5** können zudem bei der Abwägung mit anderen relevanten Belangen überwunden werden. Aufgrund der unterschiedlichen Planungsvoraussetzungen (vgl. F zu Grundsatz 10.2-5) besteht keine Garantie, dass alle Planungsregionen im Jahr 2024 die Beteiligung und im Jahr 2025 das Regionalplanverfahren abgeschlossen haben.

Forderungen:

1. Es wird eine Garantie gefordert, dass die in Abhängigkeit gebrachte Änderung des BauGB-AG NRW erst in Kraft tritt, wenn in allen Planungsregionen das Regionalplanverfahren abgeschlossen ist oder das Thema Windenergie eine verfestigte, rechtssichere Planungsreife erlangt hat.

D. Verfahren

Das Land NRW möchte Vorreiter sein und die Zielvorgaben des Bundes bereits 2025 erfüllen. Dies findet Zustimmung, darf aber nicht zu Verfahrensfehlern führen.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie den in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen gemäß § 9 Raumordnungsgesetz (ROG) wurde zweimal mit unterschiedlichen Beteiligungszeiträumen bekannt gemacht. Mit der zweiten Bekanntmachung wird die erste aufgehoben, somit ist verfahrensrechtlich allein der zweite Beteiligungszeitraum maßgebend ([Ministerialblatt \(MBL. NRW.\), Ausgabe 2023 Nr. 22 vom 15.6.2023 Seite 549 bis 568](#)).

Bereits der erste Beteiligungszeitraum war rechtlich zu kritisieren, da mit einem Zeitraum vom

14. Juni bis zum 21. Juli 2023 der überwiegende Teil der Beteiligung, bis auf 6 Werktage zu Beginn, innerhalb der Schulferien gelegen hätte. Der zweite, maßgebliche Beteiligungszeitraum vom 23. Juni bis zum 28. Juli 2023 verschärft diese rechtlichen Bedenken, da die Beteiligung nun ausschließlich in den Schulferien liegt. Zudem wurde der Zeitraum von 38 auf 36 Tage reduziert.

Diese Art und Weise geht vor allem zu Lasten der Öffentlichkeit, die in dieser Zeit nur in Teilen erreicht werden kann. Es wird an dieser Stelle auf die einschlägige Kommentierung verwiesen, die die Auslegung in der allgemeinen Schulferienzeit äußerst kritisch bewertet und daher zu dem Ergebnis kommt, dass diese als Auslegungszeitraum ausscheiden dürfte. (Spannowsky/Runkel/Goppel/Runkel, 2. Aufl. 2018, ROG § 9 Rn. 37). Es wird beispielhaft auf die rege Beteiligung der Öffentlichkeit zur Neuaufstellung des Regionalplanes - räumlicher Teilplanes Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein – verwiesen. Nach Auskunft der Bezirksregierung Arnsberg sind bei diesem Verfahren ca. 4.000 private Stellungnahmen abgegeben worden.

Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen hat die Kommunen am 14.06.2023 informiert und die Abgabe einer Stellungnahme bis zum 28.07.2023 erbeten. Zudem wurde auf das Beteiligungsportal NRW verwiesen, dass seit dem 14.06.2023 zur Verfügung steht, auf dem aber zunächst die aufgehobene Bekanntmachung veröffentlicht wurde.

Zudem hat die Bezirksregierung Arnsberg die Kommunen am 20.06.2023 über das Verfahren informiert und zusätzlich den Erlass „Ziele in Aufstellung“ angehängt, in dem auf einen weiteren Erlass zu Ziel 10.2-13 hingewiesen wird. Der Erlass zu 10.2.13 ist aber elementar für die Beurteilung des Zieles selbst, zumal auch die Frage zu stellen sein wird, ob die Inhalte nicht im LEP selbst zu regeln wären. Die Inhalte werden somit der Beteiligung der Öffentlichkeit entzogen. Selbst wenn der Erlass noch während des Beteiligungszeitraumes erlassen wird, stehen die Inhalte nicht während der gesamten Beteiligung den Kommunen zur Verfügung. Aus Sicht der Stadt Siegen bestehen hier erhebliche materiell-rechtliche und formell-rechtliche Bedenken.

Mit dieser Vorgehensweise wird den Städten und Gemeinden die Möglichkeit genommen, den LEP-Entwurf (LEP-E) in den kommunalen Gremien zu beraten und ihre Stellungnahme kommunalpolitisch abzustimmen. Gerade weil der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energie über das Mindestmaß hinaus auf kommunalpolitische Unterstützung angewiesen ist, trägt dies nicht zur Akzeptanz bei.

Gemäß § 3 Abs. 3 Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) ist die Änderung des LEP bis spätestens zum 31.05.2024 abzuschließen. Dieser Stichtag allein kann eine solche Vorgehensweise nicht begründen.

Ein Antrag auf Fristverlängerung wurde am 03.07.2023 abgelehnt. In der Antwort, also während die Beteiligung bereits mehrere Tage lief, wurde auf verfügbare Geodaten unter https://www.opengeodata.nrw.de/produkte/umwelt_klima/klima/ee/potentiale/ verwiesen. Diese sind zwar nicht Bestandteil der ausgelegten Unterlagen, **enthalten aber weitere, für die Beurteilung der LEP-Änderungen wichtige Daten**. Neben den Abgrenzungen der Potentiale mit und ohne BSN-Flächen, die zuvor auch zur Verfügung standen, steht auch eine Excel-Liste zum Download, die die Potentiale in Hektar für jede Kommune benennt. Allerdings stimmen die ausgewiesenen Potentiale nicht mit den Abgrenzungen der Geodaten, die deutlich größer sind, überein. Hier bedarf es zwingend einer Aufklärung (vgl. E).

Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG sind **Ziele der Raumordnung** verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Landes- oder Regional-

planung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Sie sind von den in § 4 Abs. 1 ROG aufgeführten Adressaten zu beachten, d. h. es handelt sich um Festlegungen, die eine strikte Bindung auslösen und nicht durch Abwägung überwindbar sind. Es ist daher zu bezweifeln, dass Ziele über angekündigte Erlasse konkretisiert werden und gleichzeitig abschließend abgewogen sein können (**Ziel 10.2-13**).

Forderungen:

1. Es wird gefordert, dass das Verfahren rechtssicher umgesetzt wird.
2. Es wird gefordert, dass Ziele der Raumordnung abschließend abgewogen sind.
3. Es wird gefordert, dass Regelungen nicht über Erlasse, sondern in den Erläuterungen im Landesentwicklungsplan konkretisiert werden.
4. Es wird gefordert, dass für die Beurteilung erforderliche Unterlagen gebündelt an einem Ort zur Verfügung gestellt werden.

E. Flächenanalyse Wind

Die Flächenanalyse Wind stellt die Grundlage für die ermittelten Potenziale dar und somit auch für die Änderung des Landesentwicklungsplanes (LEP) zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Es wird kritisiert, dass diese sehr umfangreiche Flächenanalyse erst mit der Beteiligung zur Änderung des LEP - und dies auch nicht in Gänze - zur Verfügung gestellt wurde. Die Ergebnisse des Zwischenberichtes vom 07.03.2023 wurden allesamt bestätigt, so dass diese Vorgehensweise nicht nachvollzogen werden kann.

Aber auch mit Veröffentlichung des Berichtes gibt es Punkte, die zu kritisieren sind. Die Daten wurden nicht während des gesamten Beteiligungszeitraums zum Download und zur Verwendung in eigenen GIS-Systemen zur Verfügung gestellt. Damit wurde die Analyse dieser grundlegenden Daten in unnötiger Weise erschwert. Auch weicht die Darstellung der Planungskarte Wind im Energieatlas von den Darstellungen des Abschlussberichtes ab. So werden beispielsweise die Flächenpotenziale online nur für ganz NRW und nicht wie im Bericht für jeden Kreis dargestellt. Der Bericht sieht zudem keine genaue Flächenangabe, sondern nur eine Flächenspanne beispielsweise für den Kreis Siegen-Wittgenstein von 1.000 bis 5.000 ha vor. Das Potenzial bewegt sich bei einer Fläche des Kreisgebietes von 113.300 ha folglich zwischen weniger als einem Prozent und 4,4 %. Die Einteilung in solche Cluster scheint mehr als fraglich.

Vor diesem Hintergrund ist die spätere Darstellung von Windenergiebereichen gemäß **Ziel 10.2-2** im Regionalplan hinsichtlich der Verteilung in der Planungsregion inhaltlich nur unzureichend zu beurteilen. Auch ist die Betroffenheit von **Grundsatz 10.2-11** nicht zweifelsfrei zu klären.

Zudem definiert die Flächenanalyse den planungsrechtlichen Innenbereich über die landesweite Datengrundlage „AX_Ortslage“ des Basis DLM (Abschlussbericht, Kapitel 3.1, Seite 19 ff). Diese enthält allein im Stadtgebiet Siegen **mindestens fünf Fehler**, von denen vier Auswirkungen auf die Potenzialermittlung haben, da keine Überlagerung von anderen Ausschlusskriterien vorliegt, bzw. Potentialflächen vorliegen. Aufgrund der kurzen Beteiligungsdauer ist eine abschließende Analyse nicht möglich.

Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf Ziel **10.2-13**, da der Regionalplan-Entwurf zur Neuaufstellung des räumlichen Teilplanes Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein sich auf die gleiche Datengrundlage stützt. Die Abgrenzung des Innenbereiches kann nur verläss-

lich durch die Kommunen ermittelt werden und selbst dann bestehen aufgrund diverser Rechtsprechungen Unwägbarkeiten. Es wird kritisiert, dass die Kommunen hieran nicht beteiligt wurden. Somit ist völlig unklar, wie belastbar die Flächenanalyse tatsächlich ist. Hinsichtlich der Ermittlung der Abstände zur Wohnbebauung werden erhebliche Bedenken geäußert.

Wie unter Punkt D erläutert, wurde am 03.07.2023 in einem Antwortschreiben des NRW-Wirtschaftsministerium auf

https://www.opengeodata.nrw.de/produkte/umwelt_klima/klima/ee/potentiale/ verwiesen. Die dort verfügbaren Daten sind nicht konsistent, wie die folgenden Tabellen zeigen.

NRW

Quelle	Potentiale ohne BSN-Flächen	Potentiale mit BSN-Flächen
Excel-Liste (opendata nrw, Bericht LANUV)	106.802 ha	126.249 ha
Shape-Dateien (opendata nrw, Geoportal NRW, per Mail vom LANUV)	127.461 ha	153.008 ha

Siegen

Quelle	Potentiale ohne BSN-Flächen	Potentiale mit BSN-Flächen
Excel-Liste (opendata nrw)	221 ha	272 ha
Shape-Dateien (opendata nrw, Geoportal NRW, per Mail vom LANUV)	314 ha	388 ha

Die Shape-Dateien stellen deutliche größere Potentiale als der LANUV-Bericht dar. Durch diese starken Abweichungen ist zum einen eine seriöse Beurteilung der Flächenanalyse Wind nicht möglich und erschwert zum anderen unnötiger Weise die Beurteilung der später im Regionalplannentwurf dargestellten Windenergiebereiche.

Forderungen:

1. Es wird gefordert, dass den Kommunen ausreichend Zeit für eine abschließende Analyse der Flächenanalyse Wind eingeräumt wird.
2. Es wird gefordert, dass die zur Verfügung gestellten Daten konsistent sind und eine sachgerechte Analyse ermöglichen.
3. Es wird gefordert, dass die Flächenpotenziale in Form von Hektarangaben für jede Kommune eindeutig benannt werden.
4. Es wird gefordert, dass fehlerhafte Einstufungen zum planungsrechtlichen Innenbereich, die durch die Kommunen per Stellungnahme im LEP-Änderungsverfahren eingebracht werden, korrigiert und die Potenziale daraufhin aktualisiert werden (die bekannten Fehler sind als Anlagen beigefügt).

F. Änderungen zur Windenergie

Zu Ziel 10.2-3 Unvereinbarkeit von Höhenbeschränkungen mit Windenergiebereichen

Diese Regelung ist überflüssig. Nach § 4 Abs. 1 WindBG sind Flächen, die in Plänen ausgewiesen werden, die nach dem 1. Februar 2023 wirksam geworden sind und Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen enthalten, nicht anzurechnen.

Die regionalplanerischen Windenergiegebiete werden nach diesem Stichtag festgelegt und eine Bestimmung zur Höhe der baulichen Anlagen scheidet somit aus. Eine Regelung im LEP ist somit nicht erforderlich.

Forderungen:

- 1. Es wird gefordert, dass Ziel 10.2-3 ersatzlos gestrichen wird.**

Zu Grundsatz 10.2-5 Landes- und Regionalplanänderungen parallel durchführen und abschließen

Mit dieser Regelung wird unmittelbar zeitlicher Druck auf die Bezirksregierungen ausgeübt und lässt die unterschiedlichen Planungsvoraussetzungen der einzelnen Planungsregionen außer Acht.

Im Regierungsbezirk Arnsberg wird seit 2018 der Regionalplan – räumlicher Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein – neu aufgestellt, in den die Umsetzung zum Ausbau der erneuerbaren Energien nach den neuen gesetzlichen Regelungen integriert werden soll. Dies bedeutet, dass das Kapitel 8 des Regionalplanentwurfes insgesamt einen neuen Betrachtungshorizont bekommt. Hier wurden im Rahmen der Beteiligung teils sehr kritische Stellungnahmen vorgebracht und es ist bis heute unklar, wie diese im Entwurf Eingang finden können oder sollen und aus Sicht der Kommunen müssen. Es liegen nach Auskunft der Bezirksregierung Arnsberg 111 Stellungnahmen von Verfahrensbeteiligten zu ca. 4.000 Teilaspekten sowie ca. 4.000 Stellungnahmen der Öffentlichkeit vor.

Mit der kompletten Neuausrichtung zu den Themen der erneuerbaren Energien und auch der Zugrundelegung neuer Siedlungsbedarfe ist davon auszugehen, dass hierdurch der Entwurf des Regionalplanes einer eingehenden Überarbeitung bedarf und damit die Stellungnahmen nur zum Teil ihre Gültigkeit behalten. Dies wird vermutlich erhebliche Auswirkungen auf die Abstimmungen mit den Kommunen haben und damit auf die zeitliche Umsetzung des Verfahrens.

Grundsätzlich hat das Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) Stichtage und somit eine zeitliche Vorgabe gesetzt. Eine schnellere Umsetzung ist wünschenswert, sollte aber nicht erzwungen werden.

Der Grundsatz bezieht sich auf das Kapitel zur Energieversorgung und kann daher auch nur zu diesen Inhalten zeitliche Vorgaben machen. Es wird bezweifelt, dass daraus rechtssicher zeitliche Vorgaben für andere Themenfelder oder gar eine komplette Neuaufstellung abgeleitet werden können. Um das zeitliche Ziel nicht zu gefährden, sollte das Kapitel Energieversorgung in einen Teil-Regionalplan ausgelagert werden. Auch das Thema der Rechtsunsicherheit könnte dadurch minimiert werden, da ansonsten wegen einer Vielzahl von Themenfeldern eine rechtliche Überprüfung angestrebt werden kann.

Forderungen:

- 1. Es wird gefordert, dass Grundsatz 10.2-5 die unterschiedlichen Planungsvoraussetzungen der einzelnen Planungsregionen berücksichtigt und kein zeitlicher Umsetzungsdruck über den Landesentwicklungsplan ausgeübt wird, der die Rechtssicherheit gefährdet.**

2. **Es wird gefordert, klarzustellen, dass Grundsatz 10.2-5 nur auf Änderungen oder räumliche und sachliche Teil-Regionalpläne zu Inhalten zu Kapitel 10 LEP Anwendung finden kann.**

Zu Grundsatz 10.2-9 Berücksichtigung bestehender Windenergiestandorte und kommunaler Windenergieplanungen

Es ist zu kritisieren, dass in den sechs Planungsregionen die Kriterien für die Berücksichtigung bestehender Windenergiestandorte und kommunaler Windenergieplanungen unterschiedlich ausfallen können. Aufgrund der Rechtsfolgen durch das Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) wird darüber konkretes Baurecht für Windenergieanlagen begründet. Gerade im Hinblick auf bestehende Windenergiestandorte, für die Baurecht besteht, werden bei deren Nichtberücksichtigung rechtliche Bedenken geäußert.

Forderungen:

1. **Es wird gefordert, dass durch unterschiedliche Kriterien für die Berücksichtigung bestehender Windenergiestandorte und kommunale Windenergieplanungen keine Rechtsunsicherheiten entstehen.**

Zu Ziel 10.2-10 Monitoring der Windenergiebereiche

Laut der Bezirksregierung Arnsberg liegt dem Regionalplan ein Planungshorizont von ca. 20 bis 25 Jahren zu Grunde. Grundsätzlich wird die Erforderlichkeit gesehen, diesen Planungshorizont in Bezug auf das aktuelle Thema zu reduzieren.

In der Konsequenz bedeutet Ziel 10.2-10 jedoch, dass dieses Thema ständig diskutiert werden muss. Dies verlangt den Einsatz von Personalressourcen auf allen Seiten. Es wird zudem bezweifelt, dass in Abständen von 5 Jahren grundlegend neue Erkenntnisse bestehen, die diese zeitliche Abfolge erfordern. Auch im Hinblick auf die Verlässlichkeit und Planbarkeit ist diese Regelung auf Ebene der Regionalplanung zu kritisieren und widerspricht dem formulierten Ziel einer langfristigen Sicherung.

Es bleibt unklar, wie Ziel 10.2-10 inhaltlich gemeint ist. Die Überprüfung erfolgt hinsichtlich der technischen Entwicklungen und der Ausnutzbarkeit zur Energieerzeugung. Die Beurteilung von nach Ziel 10.2.10 ungeeigneten Flächen muss vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass durch die Ausweisung von Windenergiebereichen und der damit verbundenen Rechtsfolgen konkretes Baurecht begründet wird (Zulässigkeit gemäß § 35 Absatz 1 Nr. 5 BauGB). Die Streichung von nach Ziel 10.2.10 ungeeigneten Flächen muss rechtssicher sein und kann daher keine Flächen betreffen, die (nur) weniger gut geeignet sind. Aufgrund der Interpretationsmöglichkeiten wird das Ziel den formalen Ansprüchen nicht gerecht (Endabgewogenheit).

Forderungen:

1. **Es wird gefordert, dass Ziel 10.2-10 in Grundsatz 10.2-10 geändert wird**
2. **Es wird gefordert, dass der Fortschreibungszyklus für die Darstellung von Windenergiebereichen in Regionalplänen auf mindestens 10 Jahre erhöht wird.**
3. **Es wird gefordert, dass die Streichung von Windenergiebereichen in Regionalplänen rechtssicher ist.**

Zu Grundsatz 10.2-11 Inanspruchnahme von Kommunen mit Windenergiebereichen

Bei der regionalplanerischen Festlegung von Windenergiebereichen sind die Belange der betroffenen Kommunen besonders in den Blick zu nehmen. Es überrascht, dass in den Erläuterungen die Belange betroffener Kommunen darauf reduziert werden, dass in einzelnen Kommunen nicht mehr als 15 % ihrer Fläche als regionalplanerische Windenergiebereiche dargestellt werden sollen.

Zwar ist grundsätzlich eine Obergrenze zu begrüßen. Es muss jedoch in Frage gestellt werden, ob damit den zu schützenden Belangen einer Kommune insgesamt Rechnung getragen werden kann, wie es die Formulierung vorsieht. Allein eine Beurteilung anhand des Verhältnisses der Windenergiebereiche, gemessen an der Gemeindefläche, stellt nur ein Kriterium dar. Unter „3.9 Sonstiges“ der Flächenanalyse Windenergie wird diese Obergrenze näher erläutert (Seite 46) und vor allem die Vermeidung der Umzingelungen von Ortslagen angeführt. Diese kann jedoch nicht durch die Verhältnisvorgabe der Windenergiebereiche zur Gemeindefläche vermieden werden, **sondern vor allem durch andere Kriterien wie ihrer Lage, Häufung und/oder Streuung**. Auch kann eine Umzingelung durch Darstellungen von Windenergiebereichen in den Nachbarkommunen erfolgen, was mit Grundsatz 10.2-11 gänzlich ohne Betrachtung bleibt und deutlich zu kritisieren ist.

Weiterhin wird darauf abgestellt, dass der Wert von max. 15 % der jeweiligen Gemeindefläche auch deshalb festgelegt werden soll, weil dies in etwa **den größten Flächenanteilen** entspricht, die Gemeinden in NRW bislang tatsächlich planerisch für die Windenergienutzung gesichert haben. Dies allein stellt kein sachlich begründetes Argument dar. Die Planungsvoraussetzungen der Kommunen können stark voneinander abweichen, was unmittelbar Auswirkungen auf die Flächenanteile haben kann, die der Windenergie überhaupt zur Verfügung gestellt werden können. Die Belange der betroffenen Kommunen lediglich mit einem Höchstwert zu berücksichtigen, ist daher unangemessen.

Es wird zudem kritisiert, dass die Flächenanalyse Wind vom LANUV die Potenziale der einzelnen Kommunen nicht benennt und somit die Betroffenheit von dieser Regelung nicht zweifelsfrei geklärt werden kann. Es kann damit auch nicht beurteilt werden, ob diese Regelung wirklich Belange von Kommunen in den Blick nimmt oder nur auf dem Papier existiert.

Forderungen:

1. **Es wird gefordert, dass die Schutzkriterien für die Belange der betroffenen Kommunen deutlich weitergefasst werden und auch Aspekte wie Lage, Häufung und/oder Streuung umfassen.**
2. **Es wird gefordert, dass die Umzingelungswirkung in den Erläuterungen zu Grundsatz 10.2-11 aufgenommen wird und nicht nur auf die jeweilige Kommune bezogen wird.**
3. **Es wird gefordert, dass dargelegt wird, auf wie viele Kommunen dieser Grundsatz Anwendung findet.**

Zu Ziel 10.2-12 Windenergienutzung in Industrie- und Gewerbegebieten

Diese Regelung wird ausdrücklich aufgrund des Mangels an Gewerbeflächen begrüßt, so dass diese Flächen in erster Linie gewerblich entwickelt werden können.

Zu Ziel 10.2-13 Steuerung der Windenergienutzung im Übergangszeitraum

Es wird auf die Ausführungen unter Punkt B, D und E verwiesen. Diese Übergangsregelung ist von besonderer Bedeutung, da parallel die Abschaffung der 1.000-Meter-Abstandsregelung aus dem Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuches in NRW (BauGB-AG NRW) als Konsequenz der LEP-Änderung damit einhergehen soll. Die Regelung wurde im BauGB-AG NRW erst am 15.07.2021 eingeführt, am 01.06.2022 geändert und soll nun abgeschafft werden. Aus Gründen der Planbarkeit und auch der Verlässlichkeit ist dies zu kritisieren.

Es wird rechtlich bezweifelt, dass die Übergangsregelung die Steuerungswirkung erzielen wird. Die Erläuterungen besagen, dass ein raumbedeutsamer Anlagenzubau außerhalb der unter die Regelung von Ziel 10.2-13 fallenden Flächen (nur) im begründeten Einzelfall jeweils mit Maßnahmen des Raumordnungsrechts (§§ 12 des Raumordnungsgesetzes, § 36 des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen) begegnet werden soll. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass im Regelfall ein raumbedeutsamer Anlagenzubau außerhalb der unter die Regelung von Ziel 10.2-13 fallenden Flächen möglich ist. Dies läuft dem eigentlichen Steuerungsziel zuwider. Hierzu bedarf es weiterer Erläuterungen im LEP, was ein begründeter Einzelfall sein soll und welche Maßnahmen gemeint sind, da ansonsten das Ziel nicht abschließend beurteilt werden kann. Dies wird durch die Rechtsprechung jedoch verlangt. Landesplanerische Aussagen, die eine Regel-Ausnahme-Struktur aufweisen, können danach die Merkmale eines Ziels der Raumordnung erfüllen, wenn der Planungsträger neben den Regel- auch die Ausnahmenvoraussetzungen mit hinreichender tatbestandlicher Bestimmtheit oder doch wenigstens Bestimmbarkeit festlegt (vgl. BVerwGE 119, 54; BayVGH DVBl 2005, 80).

Es wird beanstandet, dass die Landesplanungsbehörde weitere Einzelheiten mit gesondertem Erlass regeln wird, was den Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichtes nicht entspricht. Ohne Kenntnis der Inhalte können die Auswirkungen nicht beurteilt werden. Zudem ist fraglich, ob damit das Ziel 10.2-13 abschließend abgewogen sein kann. Dem für eine Zielfestlegung charakteristischen Erfordernis abschließender Abwägung ist genügt, wenn die Planaussage auf der landesplanerischen Ebene keiner Ergänzung mehr bedarf.

Wie unter Punkt B erläutert, wird die auf der Internetseite des MWIKE veröffentlichte Karte mit der Darstellung von Flächen für den Übergangszeitraum kritisiert.

Die Karte stellt in Siegen einen Windenergiebereich in Obersetzen aus dem in Aufstellung befindlichen Regionalplanentwurf dar. Da die Abstandsermittlung an dieser Stelle auf einer fehlerhaften Ermittlung des Innenbereiches fußt, hat dies zur Folge, dass der Windenergiebereich nicht den eigenen Abstandsvorgaben des Regionalplanentwurfes entspricht. Dadurch entsteht eine Ungleichbehandlung von Kommunen, was im Hinblick auf die Rechtsfolgen, die konkretes Bau-recht begründen (Zulässigkeit von Windkraftanlagen gemäß § 35 (1) BauGB), rechtlich zu beanstanden ist.

Es ist folglich zu hinterfragen, ob die Festlegung der Fläche in seiner dargestellten Abmessung als Windenergiebereich tatsächlich zu erwarten ist, da die Stadt zu der Abgrenzung der Fläche eine kritische Stellungnahme im Rahmen des Regionalplanes abgegeben hat. Zudem haben sich die rechtlichen Regelungen und damit verbundene Rechtsfolgen grundlegend verändert und das Thema der Windenergie wird bei der erneuten Offenlage neu zu bewerten sein.

Auch widerspricht die Karte zur Steuerung der Windenergienutzung im Übergangszeitraum der wirksamen 28. FNP-Änderung, die Vorrangflächen für Windkraftanlagen gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB darstellt (Ausschlusswirkung) und verstößt damit gegen Ortsrecht.

Grundsätzlich bestehen gegen den Windenergiebereich in Obersetzen, bzw. wenn die Abgrenzung auf den planungsrechtlichen Innenbereich gemäß § 34 BauGB abgestimmt wird, keine Bedenken.

Forderungen:

1. Es wird gefordert, dass die Landesregierung eine rechtssichere Übergangsregelung vorlegt, die die Steuerungswirkung erzielt.
2. Es wird gefordert, dass ein raumbedeutsamer Anlagenzubau außerhalb der vorbezeichneten Gebiete im Regelfall nicht erfolgen kann.
3. Es wird gefordert, dass die Abstandsermittlungen zu Windenergiebereichen sich auf den tatsächlichen planungsrechtlichen Innenbereich gemäß § 34 BauGB beziehen.
4. Es wird gefordert, dass unter Ziel 10.2-13 fallende Flächen nicht gegen Ortsrecht, insbesondere eine wirksame FNP-Änderung, die Vorrangflächen für Windkraftanlagen gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB darstellt (Ausschlusswirkung), verstoßen.
5. Es wird gefordert, dass für Windenergiebereiche für die Übergangszeit gleiche Maßstäbe, wie es das Konzept zur Aufstellung des Regionalplanes vorgibt, eingehalten werden.
6. Es wird gefordert, dass mindestens die Fläche im Stadtgebiet Siegen, Gemarkung Obersetzen, in der veröffentlichten Karte zur Steuerung der Windenergienutzung im Übergangszeitraum korrigiert wird, besser aber die Veröffentlichung eingestellt wird, da die Flächen der Regionalplan-Neuaufstellung den Anforderungen des geänderten Raumordnungsgesetzes nicht entsprechen und die Frage, ob für einen Windenergiebereich die Beteiligung vollständig durchgeführt wurde, nur im jeweiligen Einzelfall beurteilt werden kann.

G. Änderungen zur Solarenergie

Grundsätzlich besteht für das Themenfeld der Solarenergie für die Kommunen mehr Möglichkeiten, den Ausbau zu gestalten und zu steuern. Dies wird ausdrücklich begrüßt.

Durch die Teilprivilegierung des § 35 Abs. 1 Nr. 8b BauGB für Freiflächen bis zu einer Entfernung von bis zu 200 m entlang von Autobahnen oder Schienenwegen des übergeordneten Netzes im Sinne des § 2b des Allgemeinen Eisenbahngesetzes mit mindestens zwei Hauptgleisen stehen Teilräume im Außenbereich auch ohne Bebauungsplanung für die Solarenergie zur Verfügung. Durch das Bebauungsplan-Erfordernis darüber hinaus können Kommunen den weiteren Ausbau sinnvoll steuern und alle öffentlichen Belange gegeneinander abwägen.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

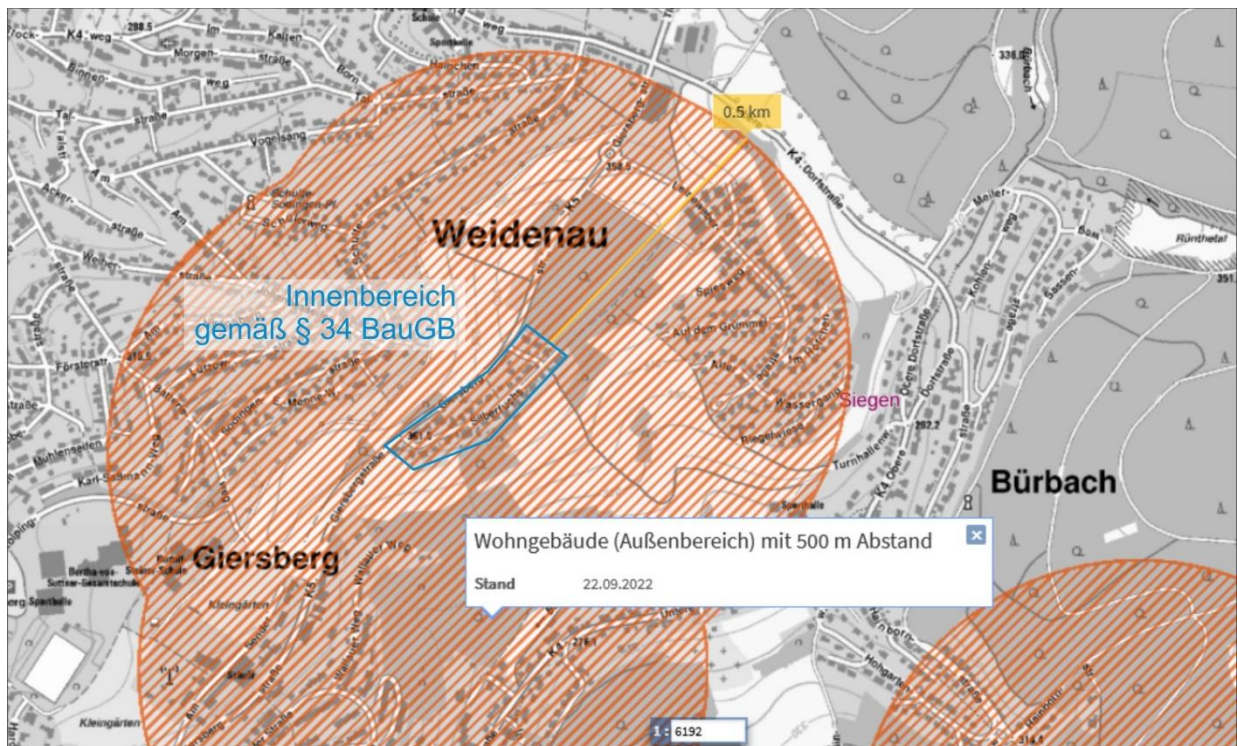


Henrik Schumann
Stadtbaurat

Anlagen

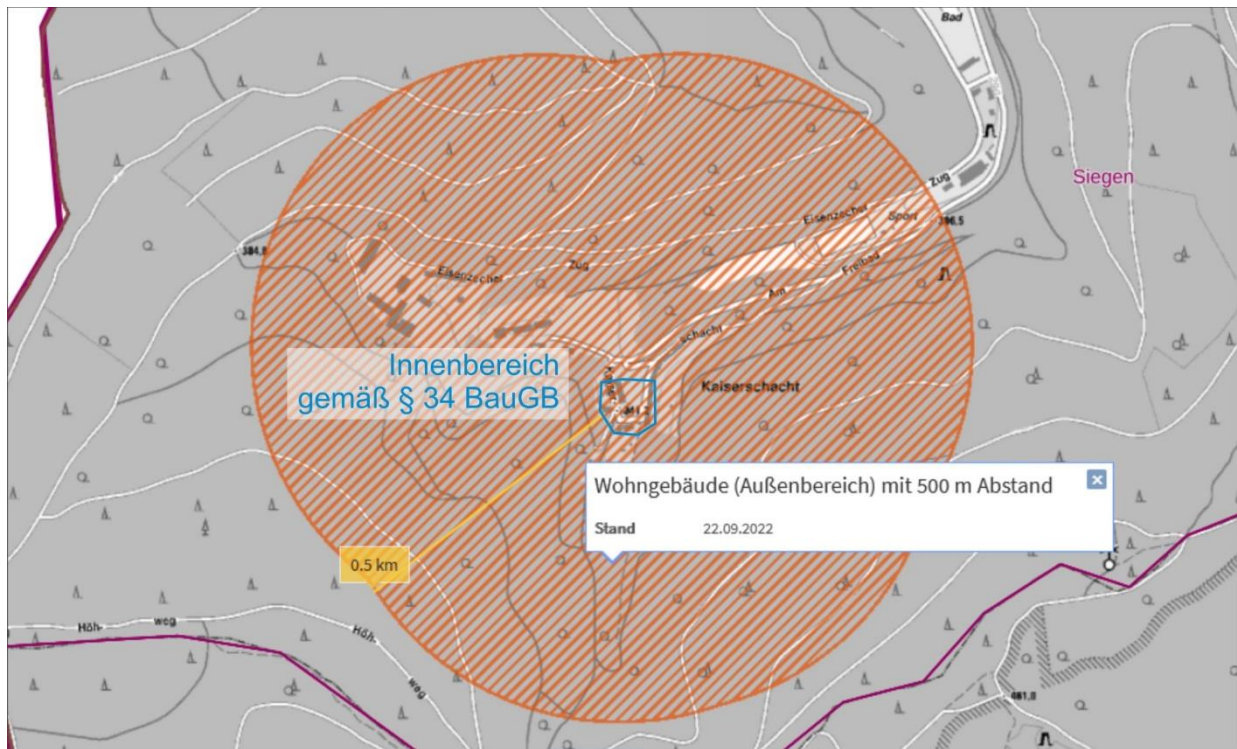
1. Fehlerhafte Ermittlung des Innenbereiches gemäß § 34 BauGB und der daraus ermittelten Abstände
 - a. Gemarkung Bürbach
 - b. Gemarkung Eiserfeld
 - c. Feuersbach
 - d. Gemarkung Obersetzen
2. Fehlerhafte Ermittlung der Wohnnutzung gemäß § 30 BauGB und der daraus ermittelten Abstände
 - a. Gemarkung Feuersbach

1. Fehlerhafte Ermittlung des Innenbereiches gemäß § 34 BauGB und der daraus ermittelten Abstände
 - a. **Gemarkung Bürbach**



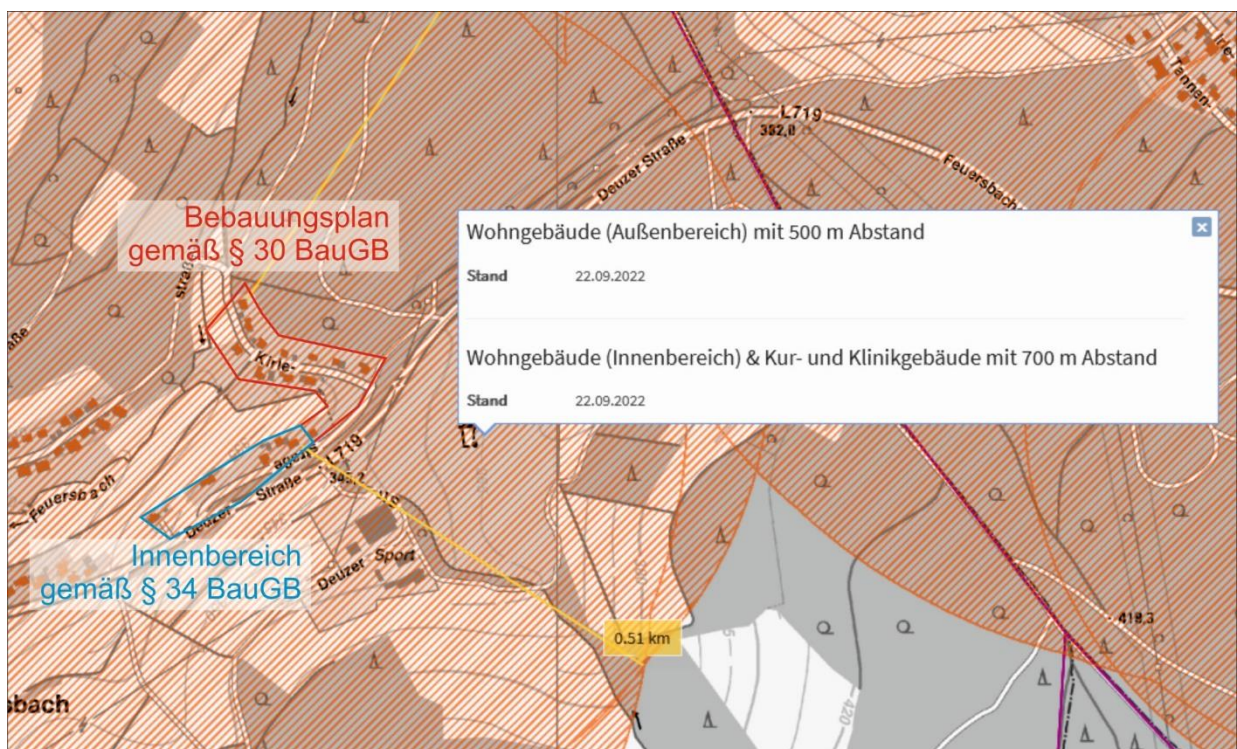
Satzung gemäß § 34 BauGB.

b. Gemarkung Eiserfeld



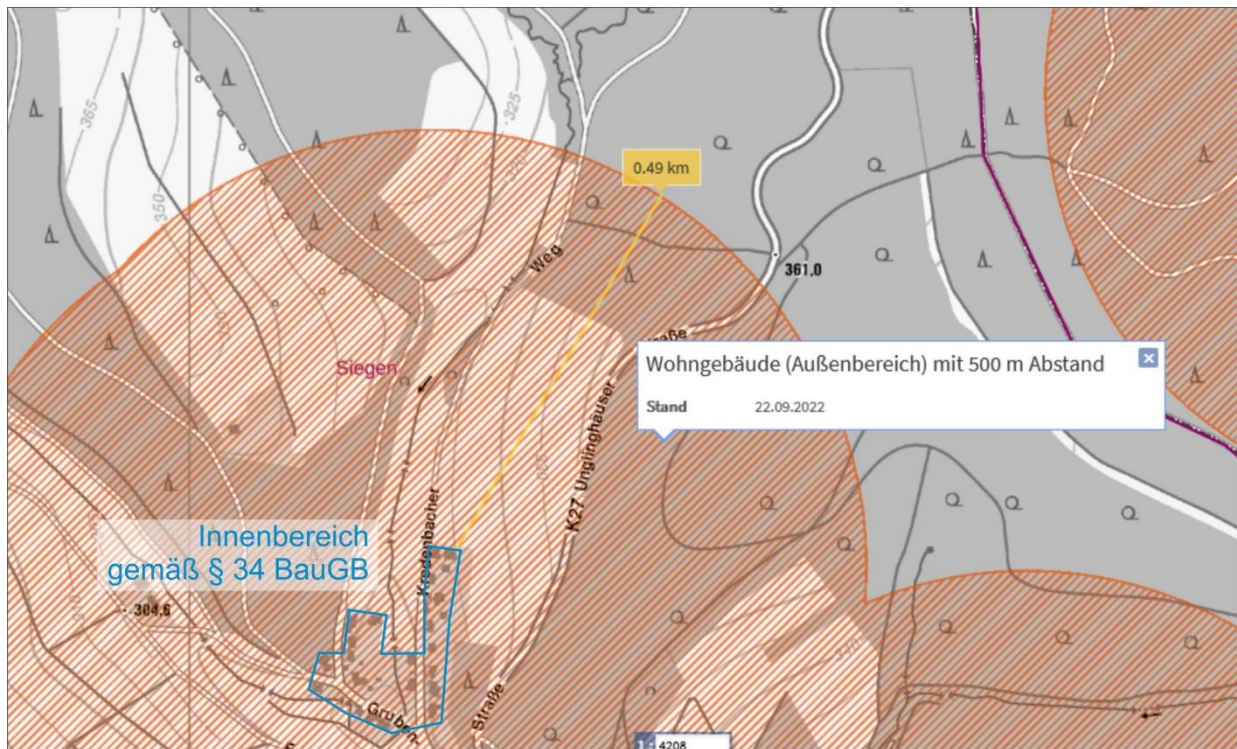
Satzung gemäß § 34 BauGB.

c. Gemarkung Feuersbach



Satzung gemäß § 34 BauGB

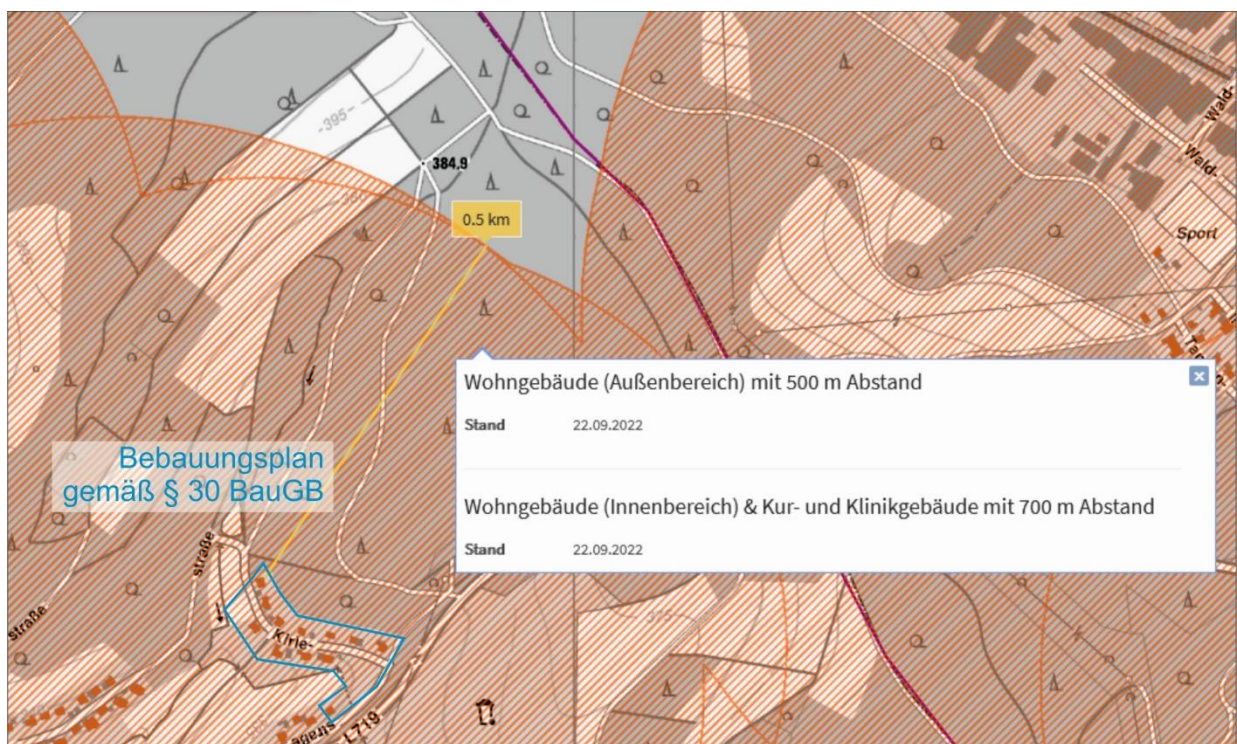
d. Gemarkung Übersetzen



Satzung gemäß § 34 BauGB.

2. Fehlerhafte Ermittlung der Wohnnutzung gemäß § 30 BauGB und der daraus ermittelten Abstände

a. Gemarkung Feuersbach



Der Bebauungsplan weist ein allgemeines Wohngebiet (WA) aus.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1
Bereich: Wirtschaftsförderung
Bearbeitet von: Sebastian Kölsch

Siegen, 03.08.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Verkehrsausschuss	22.08.2023
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften	24.08.2023
Rat	06.09.2023

Kurzbezeichnung:

Standortkonzept zum Aufbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur im Stadtgebiet Siegen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt das Standortkonzept zum Aufbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur und die Verteilung der städtischen Potenzialflächen zum eigenwirtschaftlichen Ausbau der Ladeinfrastruktur an Drittanbieter.

Sachverhalt / Begründung:

1. Sachverhalt:

Der Umstieg auf Elektromobilität im Bereich PKW ist in vollem Gange, um den Straßenverkehr zeitnah umwelt- und klimafreundlicher zu gestalten.

Damit dieser Umstieg nachhaltig gelingt, ist ein flächendeckender und bedarfsgerechter Ausbau auch von öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur unabdingbar, um den Bedarf durch die rasant ansteigende Zahl an Neuzulassungen für batterieelektrische Fahrzeuge decken zu können.

Neben dem Ausbau von ausschließlich privat oder dienstlich genutzter Lademöglichkeiten, gilt es auch dem zunehmenden Bedarf über die Bereitstellung von öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur gerecht zu werden.

Hierzu können sowohl halböffentliche Flächen (öffentlich zugängliche Flächen auf privatem Grund, z.B. Discounter-Parkflächen) als auch rein öffentliche Flächen für eine Nutzung in Betracht kommen.

Für den Bereich der öffentlichen Verkehrsflächen kommt auch auf die Stadt Siegen als Oberzentrum der Region Südwestfalen eine zentrale Rolle zu.

2. Historie:

Im Rahmen eines Bundesförderprogramms und dem anschließenden Vergabeverfahren hat die Stadt Siegen gemeinsam mit den Siegener Versorgungsbetrieben in den vergangenen Jahren den Ausbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur vorangetrieben.

Die Beschaffung und der Betrieb der Ladeinfrastruktur erfolgte durch die SVB, die Herstellung der Ladepunkte und die damit verbundenen Kosten durch die Stadt Siegen.

Im Zuge dieses Förderprogramms wurden E-Fahrzeuge sowie Hardware für öffentliche und nicht öffentliche Ladesäulen beschafft. Das Programm ist mittlerweile ausgelaufen und die Beschaffungskosten mit dem Fördergeber abgerechnet.

Der Rat der Stadt Siegen hat für das Jahr 2023 insgesamt 50.000€ für den weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur zur Verfügung gestellt.

Diese Mittel werden derzeit für die Herstellungs- und Inbetriebnahmekosten für drei noch ausstehenden Ladestationen benötigt.

Diesbezüglich wird auf die in der **Anlage 1** gekennzeichnete bestehende Ladeinfrastruktur verwiesen.

3. Weiteres Vorgehen:

Im nächsten Schritt geht es nun darum, die zukünftige Ausrichtung der Stadt Siegen für den weiteren Ausbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur auf städtischen Flächen zu definieren.

Laut der Nationalen Plattform Elektromobilität findet der Großteil der Ladevorgänge (85 %) an Standorten im privaten Raum statt.

Dazu zählen das Laden zu Hause in der Garage des Eigenheims oder auf dem Parkplatz bzw. in der Tiefgarage von Mehrfamilienhäusern, sowie das Laden beim Arbeitgeber, d.h. auf dem Firmengelände. Das Laden an öffentlich zugänglichen Standorten macht 15 % der Ladevorgänge aus. Die Ladeinfrastruktur befindet sich also am Straßenrand oder auf öffentlichen Parkplätzen. In dem Zusammenhang sind auch die unterschiedlichen Ladebedarfe und die damit verbundenen Anforderungen zu beachten. Die regelmäßige Ladung bzw. Nachtladung findet an Standorten statt, an denen hohe Standzeiten erzielt werden. Hier ist vor allem der Parkplatz am Wohnort und beim Arbeitgeber betroffen.

Schnellladung erfolgt jenseits der täglichen Routinefahrten, z.B. bei Ausflügen bei denen eine größere Reichweite überwunden werden muss.

Darüber hinaus findet Zwischendurchladen statt, z.B. beim Einkaufen, dem Besuch öffentlicher Einrichtungen oder bei Freizeitaktivitäten.

In gemeinsamen Abstimmungsgesprächen mit den beteiligten Fachabteilungen wurden zentrumsnahe Potenzialflächen identifiziert, die vorbehaltlich einer konkreten Prüfung zur Machbarkeit, geeignet erscheinen, um öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur zu errichten. Zielgruppen sind hier insbesondere private Nutzer in den Kernlagen des Stadtgebietes, sowie Anwohner, die aufgrund der Begebenheiten am Wohnort keine ausreichenden Möglichkeiten zum Aufbau von Ladeinfrastruktur am Wohneigentum oder an Mietwohnungen haben.

Für die Wahl geeigneter Standorte für Schnellladesäulen im öffentlichen Bereich wurden folgende Kriterien identifiziert, die es zu berücksichtigen gilt:

a) Verkehr:

Die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs ist zwingend zu berücksichtigen. Es soll ein möglichst störungsfreier und öffentlich sichtbarer Standort gewählt werden, durch den der Straßenverkehr nicht beeinflusst wird, der zudem aber möglichst ungehindert und problemlos angefahren werden kann.

b) Parkflächen:

Der Standort soll im Einklang mit den dort vorherrschenden Parkverhalten und dem Nutzerverhalten stehen.

Es muss daher im Einzelfall abgewägt werden, inwieweit z.B. Anwohnerparkplätze oder bewirtschaftete Parkplätze als Standort in Frage kommen und genutzt werden können, oder ob evtl. sogar einzelne Parkplätze für die zum Betrieb erforderlicher Technik (Ladesäulen, Zähleranschlussäulen und Trafostationen) wegfallen müssten. Die Bereitstellung von ladefähigen Parkflächen ist ohne die genannten Einschränkungen nicht möglich und die Ziele nicht erreichbar.

c) Grünflächen / Tiefbau:

Großteile des Stadtgebietes sind begrünt, was die Auswahl an Potenzialstandorten einschränkt.

Im Rahmen von notwendigen Tiefbauarbeiten zum Ausbau von Stromnetzkapazitäten und -anschlüssen, sowie bei der Herstellung von Säulengrundamenten, können Schäden in Wurzelbereichen von Bäumen entstehen und dadurch eine Gefahrenquelle darstellen.

Aus diesem Grund ist im Bereich von Baumkronen keine Errichtung von Anlagen möglich, sodass Standorte allein aus diesem Grund nicht weiter beplant werden können. Darüber hinaus ist zu gewährleisten, dass öffentliche Flächen durch die genannten Tiefbauarbeiten nicht übermäßig in Mitleidenschaft gezogen werden.

d) Netzinfrastuktur:

In unmittelbarer Nähe der Standorte muss ausreichende Netzleistung vorhanden sein. Gegebenenfalls wird genügend Platz zum Errichten einer Trafostation und weiterer erforderlicher Infrastruktur inklusive Fundamente benötigt.

Unter Beachtung dieser Anforderungen wurden die in der **Anlage 2** aufgeführten Potenzialflächen identifiziert.

4. Umsetzungsstrategie:

Bislang wurde städtische Ladeinfrastruktur über Vergabeverfahren beschafft und finanziert. Trotz Ausschöpfung von Fördergeldern trug die Stadt Siegen einen erheblichen Eigenanteil an der Finanzierung.

Da die SVB als Betreiberin die Erträge aus dem Betrieb generiert, ist seitens der Stadt Siegen keine Refinanzierung der Investition gegeben. Die Stadt Siegen kann allerdings nicht als Betreiberin von eichrechtskonformer Ladeinfrastruktur fungieren und ist somit auf Leistungen Dritter angewiesen.

Zudem ist die Umsetzung der einzelnen Baumaßnahmen mit einem enormen Koordinations- und Abstimmungsaufwand verbunden, da mit sehr vielen verschiedenen Akteuren (Stromversorger, Betreiber, Elektriker, Tiefbauer, interne Abteilungen etc.) zusammengearbeitet wird, welches in der Vergangenheit neben den marktbedingten Lieferschwierigkeiten zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen geführt hat.

Seitens verschiedener Marktteilnehmer wurde das Interesse zum eigenwirtschaftlichen Ausbau gegenüber der Stadt Siegen bekundet. In diesem Fall spricht die Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr Empfehlungen zur Handhabung aus, die auch die Grundlage für die vorgeschlagene Vorgehensweise bilden.

Die Empfehlungen zielen darauf ab, die aufgezeigten Flächen an Dritte zum eigenwirtschaftlichen Ausbau und Betrieb anzubieten. Ein Vergabeverfahren wäre in diesen Fällen obsolet. Dies wird auch seitens der Wirtschaftsförderung favorisiert, zumal die aufgezeigten Probleme mit Koordinierungsaufwand, Betrieb und großem finanziellem Risiko vermieden würden.

Anbietern wird, im Falle einer positiven Vermittlung, die Nutzung einer Fläche per Sondernutzungserlaubnis oder Gestattung zum Betrieb von Ladeinfrastruktur ermöglicht.

Gute Erfahrungen mit diesem Modell wurden mit der Installation und dem Betrieb der Schnellladsäule durch das Unternehmen SchnellDC auf dem Bismarckparkplatz bereits gemacht.

Generell benötigen Anbieter einen Zeitraum von 8-10 Jahren, damit sich das Invest refinanziert hat, sodass auch entsprechende Erlaubnisse / Gestattungen über diesen Zeitraum erteilt werden sollten.

Vor dem Hintergrund eines stark wachsenden Wettbewerbs in diesem Bereich gilt es daher ein Vorgehen zu bestimmen, um die stark begrenzten öffentlichen Flächen im Interesse der Stadt zu verteilen, aber auch eine Monopolisierung zu vermeiden.

So behält die Stadt die Kontrolle über eine ausgewogene Verteilung und es wird verhindert, dass ein oder mehrere Anbieter zu große Dominanz an der gesamtstädtischen Ladeinfrastruktur erlangen, was wiederum zu nachteiligen Wettbewerbsverhältnissen führen und negative Einflüsse auf die Preisstruktur haben könnte.

Die Flächen werden den Interessenten demnach im Ermessen der Behörde nach Örtlichkeit und Einzelfallentscheidung angeboten, bzw. zugeteilt. Hierbei wird auch berücksichtigt, ob an einem Standort ein Schnelladesystem bevorzugt wird, oder ob Normalladen mit Wechselstrom von Vorteil ist.

Generell sollte der Fokus zukünftig auf dem Ausbau von Schnellladesäulen liegen, da durch kürzere Lade- und Standzeiten einem größeren Nutzerkreis das Laden ermöglicht wird und dadurch der Flächen- und Ressourcenverbrauch für Ladeinfrastruktur gering gehalten wird.

Grundsätzlich bevorzugen Anbieter stark frequentierte Standorte mit hoher Sichtbarkeit und Aufenthaltsqualität, da sich diese verhältnismäßig zügig amortisieren. Dies birgt die Gefahr, dass das Interesse bei Standorten in weniger frequentierten Lagen wesentlich geringer ist und diese evtl. nur schwer vermittelbar sind. Von Anbieterseite wurde signalisiert, auch Standorte betreiben zu wollen, die weniger wirtschaftlich sind, wenn dafür die eigene Anzahl im Stadtgebiet ausreicht, um dies ausgleichen zu können.

Sollte bei der Verteilung deutlich werden, dass manche Potenzialflächen nicht zeitnah vermittelt werden können, so könnte das seitens der Nationalen Leistelle für Ladeinfrastruktur bereitgestellte Flächentool genutzt werden.

Hierbei handelt es sich um eine Vermittlungsplattform, in der sowohl private als auch öffentliche Flächen zur Nutzung an Dritte angeboten werden können.

Bei erfolgreicher Umsetzung des Standortkonzeptes und zeitnaher Vermittlung der Standorte kann die Stadt Siegen somit einen großen Beitrag zur Bedarfsdeckung an öffentlichen Lademöglichkeiten leisten.

Eine Gesamtübersicht der möglichen Ladeinfrastruktur bei Ausnutzung der aufgeführten Potenzialflächen ist in der **Anlage 3** zu sehen.

5. Ausblick:

Der dargestellte Prozess bezieht sich vorerst auf zentrumsnahe Areale des Siegener Stadtgebietes. Es handelt sich hierbei jedoch um einen dynamischen Vorgang, der einen stetigen Ausbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur auf städtischen Flächen vorsieht. In einem nächsten Schritt soll der Fokus auf weitere Stadtteilzentren, sowie auch auf Rand- und Wohnlagen gelegt werden.

Der Umstieg auf Elektromobilität wird nur gelingen, wenn öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur auch auf privaten, halböffentlichen Flächen errichtet und bereitgestellt wird.

Seit einigen Monaten ist die Zahl der öffentlich zugänglichen Ladepunkte in Siegen rückläufig, da bislang Lademöglichkeiten von Privatanbietern (z.B. Autohäuser, Fachgeschäfte, Firmen etc.) nur noch für interne Zwecke genutzt werden oder ausschließlich für Kundschaft zur Verfügung gestellt werden.

Um den Ausbau zu forcieren, ist mit Datum 25.03.2021 das vom Bund auferlegte Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG) in Kraft getreten, welches den Aufbau von gebäudeintegrierter Lade- und Leitungsinfrastruktur bei Neubauten oder größeren Gebäuderenovierungen verpflichtend regelt.

Danach werden Eigentümer von Wohn- und Nichtwohngebäuden mit größeren Parkplätzen verpflichtet, Ladeinfrastruktur vorzusehen.

Darüber hinaus müssen ab dem 01.01.2025 auch Bestandsgebäude mit mehr als 20 Parkplätzen unabhängig von einer Renovierungsabsicht Lademöglichkeiten nachweisen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input checked="" type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Die Umsetzung des Konzeptes stellt mit dem Ausbau von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung der CO ₂ -Emissionen dar.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius

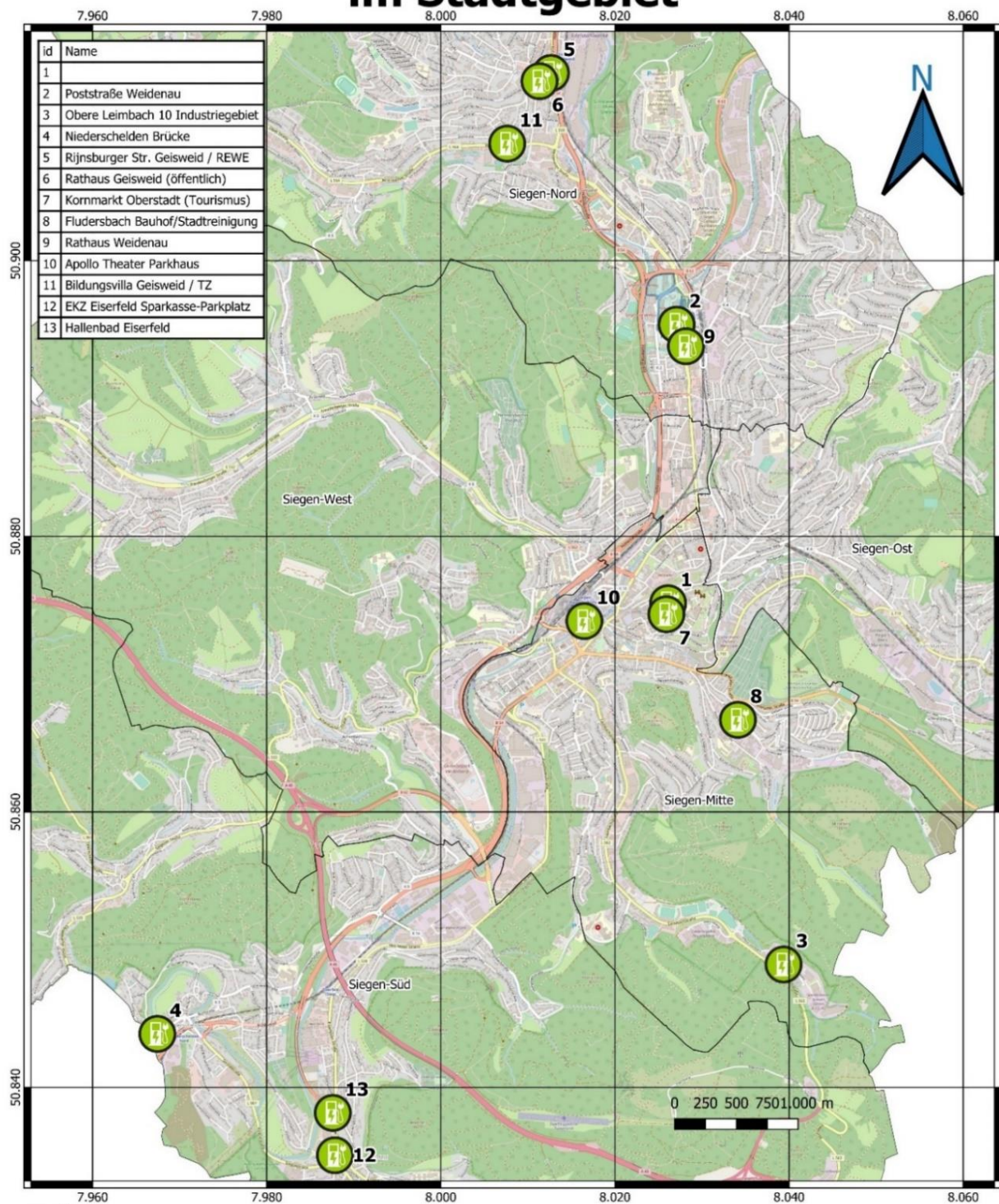
I Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

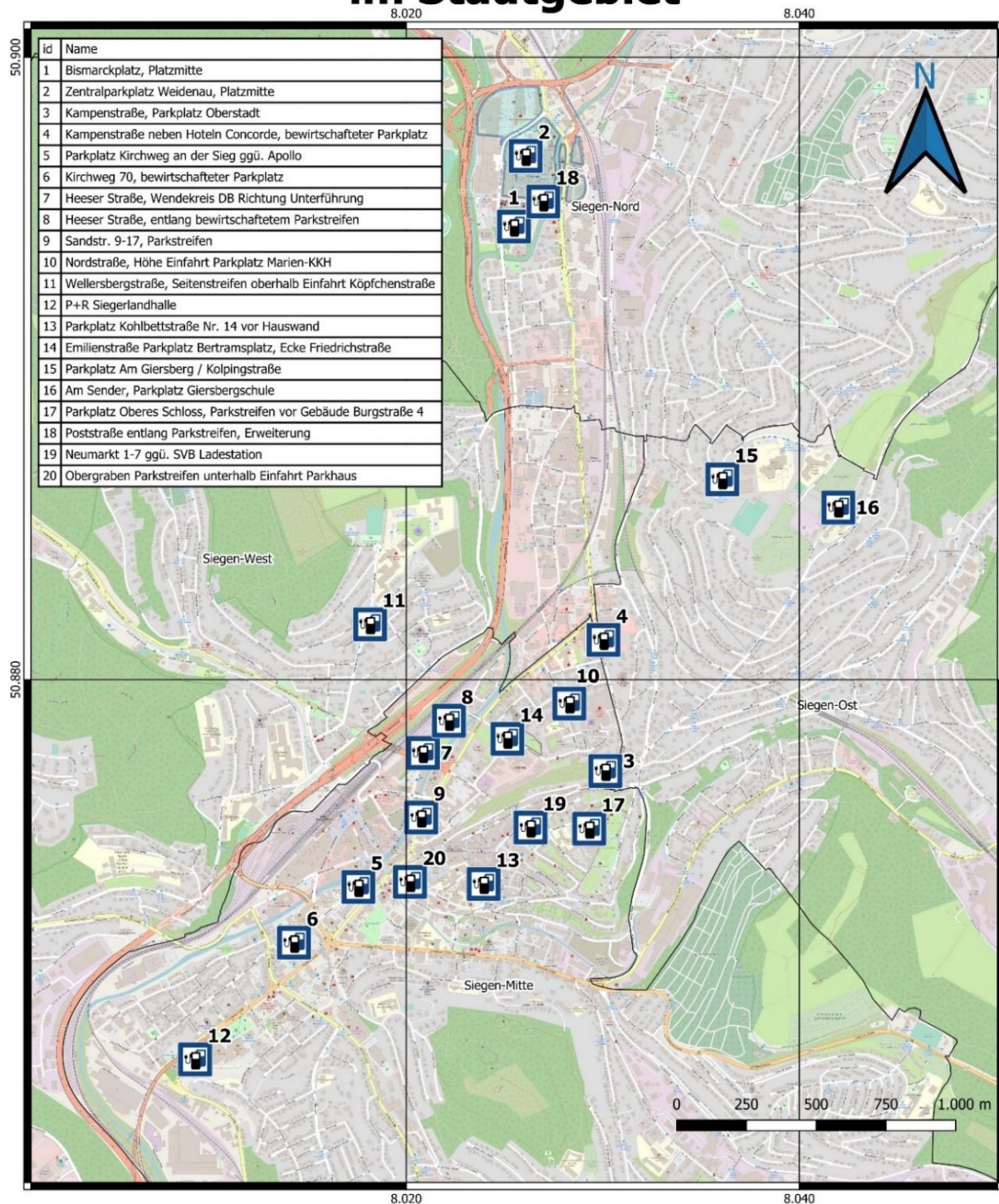
Anlage(n):

1. [Anlage 1 - Ladeinfrastruktur Bestand](#)
2. [Anlage 2 - Ladeinfrastruktur Potenzialflächen](#)
3. [Anlage 3- Ladeinfrastruktur Gesamt](#)

Geförderte Ladeinfrastruktur im Stadtgebiet



Potenzialstandorte für Ladeinfrastruktur im Stadtgebiet



Ladeinfrastruktur im Stadtgebiet

